

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage
Für's Heim
 monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die
 Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

35. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Reichstag.

In der Dienstag-Sitzung wird zunächst ein schleuniger Antrag Albrecht (Sog.) und Genossen auf Einstellung eines Privatklageverfahrens gegen den Abg. Lehmann-Wiesbaden (Sob.) debattelos angenommen. — Es folgen die Interpellationen Albrecht und Genossen (Sog.) und Arndt-Labian und Genossen (Konj.) betreffend **die Kohlensteuerung.**

Die erste Interpellation lautet: „Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um der gemeinschädlichen Steigerung der Kohlenpreise entgegenzuwirken, die auf dem gesamten Wirtschaftsgebiet und insbesondere auf der Lebenshaltung der minderbemittelten Volksklassen schwer lastet?“

Die zweite Interpellation hat folgenden Wortlaut: „Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um den Mißständen abzuheffen, welche sich aus dem jetzigen hohen Stande der Kohlenpreise ergeben?“

Auf die Anfrage des Präsidenten Grafen Stolberg erklärt Handelsminister Delbrück: Im Auftrage des Reichstanzlers erkläre ich mich bereit, die Interpellationen sofort zu beantworten. — Zur Begründung der sozialdemokratischen Interpellation erhält das Wort

Abg. Mollenbuhr (Soz.):

Die heutige Interpellation behandelt einen ähnlichen Gegenstand wie die gestrige. Auch hier handelt es sich um eine künstliche Steigerung notwendiger Gebrauchsmittel. Wenn der Abg. Held nicht das Unglück gehabt hätte, vom Kohlen Syndikat abgehört zu werden und hier somit nicht mehr als Vertreter des Kohlen Syndikats jst, so hätte er heute über Kohlen dieselbe Rede wie Dr. Köfide gestern über Korn und Fleisch halten und sagen können: Ich sage alles nur im Interesse der Industrie. Der Staatssekretär hat gestern dasselbe Lied wiederholt, das die preussischen Minister immer singen, nämlich das Lied von der enormen Lohnerhöhung der Arbeiter, die es ihnen ermöglichte, die Teuerungspreise zu zahlen. Tatsächlich sind aber die Löhne nur in einzelnen Privatbetrieben gestiegen, in den Staatsbetrieben sind sie teilweise sogar gesunken. Redner erörtern ausführlich die Lohnfrage und führt eine Unmenge von Zahlen an. Daß die Kohlenpreissteigerung eine enorme ist, geht schon aus der Tatsache hervor, daß auch von der rechten Seite eine Interpellation eingebracht ist. Die Agrarier im Osten spüren die Teuerung eben so sehr wie die Industriellen im Westen und die Arbeiter in den großen Städten. Es scheint sich hier nicht nur um eine zeitweise, sondern um eine dauernde Teuerung zu handeln, die durch die Syndikate hervorgerufen ist. Für Steinkohlen gab es schon lange Syndikate, in letzter Zeit haben sich auch schon Syndikate für Braunkohlen gebildet. Kohle ist zwar ein Welt handelsmittel, aber Deutschland produziert 20 pCt. der Weltmarktproduktion, eine Steigerung der Kohlenpreise in Deutschland ist also auch für den Weltmarktpreis von großem Einfluß. Redner gibt darauf eine ausführliche Schilderung der Organisation und der Wirkung des Kohlen Syndikats und sucht nachzuweisen, daß die von ihm verursachte Preissteigerung nur den großen Zechen zugute gekommen sei. Das Syndikat benutzt für seine Zwecke sogar das Mittel der Betriebs einschränkung, wiederholt hat es frivoler Weise Streiks provoziert. Das Schlimmste ist, daß der Fiskus diese Preistreiber immer mitmacht, ja manchmal sogar noch höher geht. Der Fiskus ist eben stets ein guter Kamerad der Kartelle gewesen, bezüglich der Lohndrückerei ist der Fiskus noch schlimmer als die Herren Kirdorf und Thpsen. Im Saarrevier ist der Kadavergehorsam noch größer als im Ruhrgebiet.

Abg. Graf Kanitz (Kons.):

Sir sind wohl alle einig darüber, eine wie schwere Schädigung die hohen Kohlenpreise für unsere ganze Industrie, unser ganzes Erwerbsleben bedeutet. Insbesondere leidet die Eisenindustrie da sehr. Und wenn bereits eine rückläufige Bewegung in ihr eintritt, wenn Arbeitseinstellungen und Arbeiterentlassungen stattfinden, so möchte ich das im weitestlichen auch auf die hohen Kohlenpreise zurückführen. Auch die landwirtschaftlichen Betriebe leiden außerordentlich. (Sehr richtig! rechts.) Wenn ich frage, ob es nötig war, daß die Kohlenpreise von dem weisfälligen Kohlen Syndikat und den verschiedenen Verkaufsvereinigungen, so in die Höhe gesetzt wurden, so muß ich diese Frage verneinen. Ich habe gefunden, daß 20 Bechen mit fast $\frac{2}{3}$ der ganzen Förderung dem Kohlen Syndikat unterstellt sind, und diese Bechen, von denen jede einzelne mehr als eine Million Tonnen fördert, haben für 1906 eine Dividende von über 11 pCt. gegeben, viele Bechen noch weit mehr. (Hört! hört!) Für 1907 wird die Dividende noch höher sein. War es da erforderlich und durch die wirtschaftliche Lage geboten, daß vom 1. April dieses Jahres noch eine weitere Steigerung eintrat? (Zustimmung.) Die Belastung durch die Kohlenpreise geht noch weit über die Last der Zölle hinaus. Von einer rückläufigen Bewegung kann man jetzt nicht sprechen. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß der preussische Eisenbahnminister den Kohlenbedarf für die gesamte preussische Staatsbahnbahn zu erhöhtem Preise auf volle drei Jahre vergeben hat. Man rechnet also bei der Regierung auf eine längere Fortdauer des jetzigen hohen Preisstandes. Ein weiteres Mittel, die hohen Kohlenpreise etwas herunterzubringen, würde der Ausfuhrzoll sein. In den letzten Jahren sind durchschnittlich 10 Millionen Tonnen Kohlen mehr ausgeführt als eingeführt; 1906 19 gegen 9 Millionen; danach ließe sich ein Bild der Wirksamkeit eines Kohlenausfuhrzollses gewinnen. Es ist die Pflicht der Regierung, der Syndikatsbildung entgegenzutreten, sonst könnte es bei uns so wie in Amerika gehen, wo die Trübsal der Regierung über den Kopf gewachsen sind. Wenn die Regierung die Mittel dazu in der Hand hat, sollte sie sie auch anwenden. (Beifall rechts.)

Preussischer Handelsminister Delbrück:

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Kohlenpreise augenblicklich hoch und unbequem sind. Sie haben zwar noch nicht die hohen Preise der Hochkonjunktur der 70er Jahre erreicht, aber reichlich die von 1900. Sie haben aber noch nicht erreicht, und das ist von Bedeutung für die gegenwärtige Situation, die Preise des Auslandes. Man hat den Reichszkanzler gefragt, ob und in welcher Weise dem Ueber dieser hohen Kohlenpreise begegnet werden könnte. Indessen, es ist leichter, diese Frage aufzuwerfen, als sie in positivem Sinne zu lösen. Bei der rheinischen Kohlenausfuhr könne man nicht von einer eigentlichen Ausfuhr sprechen, sondern nur von einer Verschiebung der Abfälle. Das ist z. B. für Belgien mit Elsaß und Lothringen und Oesterreich mit der Lausitz und Bayern der Fall. Das liegt in den Verkehrsverhältnissen der Nachbargebiete. Eine Versorgung mit Kohle aus entfernteren heimischen Werken würde irrational. Bei den verbündeten Regierungen ist die Einführung eines Kohlenausfuhrzolles nicht möglich. Ueber die tarifistischen Maßnahmen sind Erwägungen im Gange. Unrichtig sei die Behauptung Molkenbuhrs, daß der Fiskus lediglich vom Gesichtspunkte des Verdienstes geleitet werde. Unrichtig sei es auch, daß der Fiskus schlimmer in der Ausbeutung und Ausplünderung seiner Arbeiter sei, als andere Arbeitgeber. Wegen dieser Behauptung lege er energig Verwahrung ein. (Beifall.) Die Regierungen seien ernstlich bemüht, den berechtigten Forderungen der Arbeiter zu entsprechen. Sie seien weit davon entfernt, die Arbeiter in ihrer staatsbürgerlichen Freiheit zu beschränken. (Zwischencruse bei den Sozialdemokraten.)

Auf Antrag Singer (Soz.) findet eine Besprechung der Interpellation statt. Abg. Giesberts (Zentr.) meint, die Kohlensyndikate trieben Mißbrauch mit der Preisteigerung der Kohlen, ohne daran zu denken, die Lage der Arbeiter entsprechend zu verbessern. Gesunde Kohlenpreise seien die Vorbedingungen für das Gedeihen der Industrie und des Bergbaues. — Abg. Kämper (frs. Vpt.) erklärt, seine Partei habe stets die Verankerung der notwendigen Bedürfnisse bekämpft und werde dies auch weiter tun. Der Einführung von Ausbegrößen stehe seine Partei prinzipiell nach wie vor ablehnend gegenüber. — Abg. Stresemann (natl.) führt aus, seine Partei glaube, daß Kartellbildungen zur Regelung der Preise sehr nützlich seien, sie dürften aber ihre Macht nicht mißbrauchen. Die Kanalpolitik müsse nicht, wie der Abg. Kanitz wünsche, eingeschränkt, sondern im Interesse des Verkehrs mit Kohlen erweitert werden. Reubner bittet den Handelsminister, auf dem Gebiete der Tarifverträge und der Kartellgesetzgebung das Notwendige zu tun, um der Katastrophe ein Ende zu machen. (Beifall.) — Abg. Behrens (wirtsch. Vgg.) meint, wenn die Preise seitens der Syndikate gesteigert seien, dann solle diese Erhöhung den Arbeiterlöhnen oder den technischen Einrichtungen der Bergwerke zugute kommen. — Abg. Böffel (Ndt.) erklärt, seine Fraktionsgenossen könnten sich der Auffassung des Ministers nicht anschließen. Es handle sich hier um eine Katastrophe, die im ganzen Reiche bestehe. Die Ausnahmetarife seien unberechtigt. — Nach Eintreten des Abg. Gotthein (frs. Vgg.) für die Abschaffung der Ausfuhrtarife wird die Sitzung vertagt.

Eröffnung des preussischen Landtages.

Dienstag mittag um 12 Uhr ist der Landtag in der üblichen Weise eröffnet worden. Im Auftrage des Kaisers und Königs verlas Ministerpräsident Fürst Bülow folgende Thronrede:

Die Finanzlage des Staates hat sich seit dem Beschluß von 1906 ungünstig gestaltet. Der Ueberschuß des Rechnungsjahres 1906 genügte nicht, um den Dispositionsfonds der Eisenbahnverwaltung für notwendige Bauten und Beschaffungen auf die gesetzliche Höhe von 30 Millionen Mark aufzufüllen, vielmehr mußte hierzu ein erheblicher Betrag dem Bestande des Ausgleichsfonds entnommen werden. Im laufenden Rechnungsjahre ist namentlich infolge der starken Steigerung der Ausgaben bei der Eisenbahnverwaltung ein Fehlbetrag zu erwarten. Gleichwohl hält die Staatsregierung es für notwendig, in der gern befristeten Fürsorge für ihre Beamten, die durch den Staatshaushaltsetat für 1907 begonnene Aufbesserung der Beamtengehälter durchzuführen und ihnen zugleich eine Neuregelung der Vorschriften über den Wohnungsgeldzuschuß vorzuschlagen. Befußt angemessener Erhöhung der vielfach unzureichenden Gehälter der Volksschullehrer wird eine Novelle zum Lehrerbefoldungsgefeß vorgelegt werden. Auf kirchlichem Gebiete sind gesetzgeberische Vorlagen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der evangelischen und katholischen Geistlichen im Eisenbahnen mit dem zuständigen kirchlichen Körperchaften in Ausicht genommen. Diese Maßnahmen werden eine dauernde Mehrbelastung des Staatshaushalts um einen Betrag von mehr als 100 Millionen Mark zur Folge haben, dessen Bereitstellung nicht unerhebliche Schwierigkeiten bietet. Die königliche Staatsregierung wird Ihnen deshalb entsprechende Vorschläge zur Beschaffung der erforderlichen Deckungsmittel machen. Zugleich ist es aber auch geboten, bei der Aufstellung des Etatsentwurfs für 1908 größte Sparsamkeit in allen Verwaltungszweigen walten zu lassen, indem alle nicht durchaus erforderlichen Mehrausgaben zurückzustellen und auf die Erträge der vorhandenen Einnahmequellen in den nächsten Jahren zu verweisen sein werden. Auch soll zur Entlastung des Staats im Anschluß an den des Jahres 1906 zur Beschaffung von Betriebsmitteln und zur Ausstattung der Eisenbahnen mit weiteren Gleisen der Anleihebeweg beschränkt werden, um die Eisenbahnanlagen wieder auf eine der stattgehabten außergewöhnlichen Steigerung des Verkehrs

entsprechende Höhe zu bringen. Im übrigen wird wiederum zur Erweiterung und besseren Ausnützung des Staatseisenbahnnetzes, sowie zur Unterstützung von Kleinbahnunternehmungen die Bewilligung erheblicher Mittel nachgefragt werden. Der in der vorigen Session unerledigt gebliebene Entwurf eines Gesetzes zum Schutze gemeinnütziger Mineral- und Thermalquellen wird Ihnen nochmals vorgelegt werden. Neben einigen kleineren, die Umgestaltung der polizeilichen Organisationen in einzelnen Bezirken bezweckenden Vorlagen wird Ihnen der Entwurf eines Gesetzes über die anderweitige Verteilung der Polizeikosten zwischen Staat und Gemeinden mit königlicher Polizeiverwaltung zur Beschlußfassung zugehen. Wie die Entwicklung der Verhältnisse in den östlichen Provinzen der Monarchie zeigt, sind die gesetzlichen Befugnisse der Regierung nicht ausreichend, um die deutsche Bevölkerung in diesen Landesteilen wirksam zu schützen und zu stärken. Die Regierung ist deshalb gezwungen eine Erweiterung ihrer Vollmachten in Anspruch zu nehmen und wird die entsprechenden, bereits in ihrer vorigen Tagung angekündigten Gesetzesvorschläge alsbald Ihrer Beschlußfassung unterbreiten. Sie ist überzeugt, daß sie in dieser so ersten nationalen Frage die tatkräftige Mitwirkung beider Häuser des Landtags finden wird.

Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Fürst Bulow über die Ostmarkenvorlage.

In der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses, welche sich der Eröffnung anschloß, nahm nach einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen durch den Präsidenten das Wort

Ministerpräsident Fürst Bülow:

Der Gesandtenwurf betreffend Maßnahmen zum Schutze des Deutschtums in den Provinzen Posen und Westpreußen, der Ihnen bereits in der Thronrede vom 9. Januar angekündigt worden war, beneist Ihnen, daß die Staatsregierung in der Ostmarkenpolitik diejenigen Wege für richtig hält, die Fürst Bismarck 1886 eingeschlagen hat, und daß sie fest entschlossen ist, sie weiter zu gehen. Dank der Unterstützung des Landtages ist es der Staatsregierung möglich gewesen, zahlreiche Maßnahmen in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung zu treffen. Vor allem ist es der Ansiedlungskommission in den letzten Jahren möglich gewesen, ihre Tätigkeit zu beschleunigen. Während die Zahl der jährlich angesiedelten Familien seit 1902 etwa 700 betrug, hat die Zahl seit 1903 ständig zugenommen, und sie betrug im Jahre 1906 bereits 1568 Familien, und 1907 werden es ebenso viele werden. Im ganzen sind in den letzten fünf Jahren mehr als 9000 Familien angesiedelt worden. Durch die umfangreiche Tätigkeit der Ansiedlungskommission ist der Ansiedlungsfonds erschöpft. Es sind bisher 326 000 Hektar Land erworben worden, wovon 285 000 Hektar an Ansiedler aus gegeben worden sind. Die Ansiedler befinden sich fast alle in guter wirtschaftlicher Lage und sorgen für weiteren Zugang aus ihrer Heimat. Die Budgetkommission dieses hohen Hauses hat sich ja im Sommer von dem Zustande der Ansiedelungen überzeugt. Es ist uns entgegengehalten worden, daß die Zunahme der polnischen Bevölkerung in den gemischtsprachlichen Gegenden größer sei als die der deutschen. Die polnische Bevölkerung der Provinz Posen hat sich absolut stärker vermehrt als die deutsche; relativ aber hat die deutsche Bevölkerung stärker zugenommen; der

Polonisierungsprozeß ist zum Stillstand gekommen.

Im Regierungsbezirk Bromberg hat auch absolut der deutsche Geist der Bevölkerung stärkere Zunahme erfahren als der polnische. — Die Ansiedlungspolitik der Regierung trägt das Hauptverdienst an dieser erfreulichen Entwicklung. Die Vermehrung der deutschen Bauern und die Stärkung ihrer Kaufkraft hat das deutsche Gewerbe gestärkt; besonders ist eine erfreuliche Hebung des deutschen Baugewerbes zu verzeichnen. So ist auch in den Städten eine Stockung des Polonisierungsprozesses zu verzeichnen. — Eine zielbewusste Germanisierungspolitik kann der deutsche Großgrundbesitz nicht entbehren, der politisch, technisch und wirtschaftlich die Führung der deutschen Bauern übernimmt und die Geschäfte der Selbstverwaltung besorgt. Eine radikale Aufteilung des Großgrundbesitzes ist also nicht zu wünschen. (Zust. rechts.) Eine verständige Mischung großen, mittleren und kleinen Grundbesitzes ist das zu erstrebende Ziel. — Auch die national gefährdeten Striche der Provinzen Brandenburg und Pommern erfordern und erhalten staatliche Förderung des Deutschthums. So kann die Ansiedlungspolitik auf

reiche Früchte

ihrer zwanzigjährigen Tätigkeit zurückblicken. Das Verständnis für die deutsche Ostmarkenpolitik ist in den weitesten Kreisen nicht bloß Preußens, sondern ganz Deutschlands in erfreulichem Wachsen begriffen. Wenn eine preussische Regierung heute die Ostmarkenpolitik aufgeben oder ihren Kurs ändern wollte, so würde sie auf den entschiedenen Widerstand eines großen und (mit erhobener Stimme) nicht des schlechtesten Theiles des preussischen Volkes stoßen. (Beif.) Beifall rechts u. b. d. Nat., Widerspruch b. Centr. u. d. Freis.). Ja, meine Herren (zu den Freis.), glücklicherweise wächst auch bei Ihren Wählern und zum Teil auch bei Ihrer Presse das Verständnis für die Aufgaben nationaler Politik in den Ostmarken. (Zust. b. d. Nat.) — Die Polen haben eingeleitet, daß der Feß des Bodens entscheidend ist für die Frage, ob die Provinzen

in Zukunft deutsch oder polnisch sein werden. Daher führen sie den Kampf um den Boden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln. Die Besitzwechselhaftigkeit ergibt, daß 100 000 Sektar deutschen Bodens in polnischen Besitz übergegangen sind. Die königliche Staatsregierung erklärt ganz offen, daß sie sich außerstande sieht, den Kampf um die Ostmark zu führen ohne Unterstützung des deutschen Großgrundbesitzes. Sie brandmarkt aufs entschiedenste alle jene Fälle, in denen

Deutsche Großgrundbesitzer aus Gewinnsucht

ihre Güter an Polen verkauft haben. Es steht leider außer Frage, daß der deutsche Großgrundbesitz, soweit er nicht aus Fideikommissen und Domänen besteht, noch nicht bodenfähig in jenen gefährdeten Provinzen geworden ist. Geht die Entwicklung in diesem Tempo weiter, so wird in 20, 25 Jahren außer Domänen und Fideikommissen überhaupt kein deutscher Großgrundbesitz in den in Frage kommenden Provinzen vorhanden sein. (Hört! hört!) Die durch die polnischen Käufe bewirkte oder mitbewirkte Preissteigerung erhöht unsere Schwierigkeiten. (Der Ministerpräsident verliest umfangreiche Tabellen.) — Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission, muß fortgesetzt werden. Zur Ansiedlung gebrauchen wir aber weite Flächen: die Bauern und Arbeiter gehen dem Deutschtum verloren, wenn sie nicht in geschlossenen Gebieten erfolgt. Die Ansiedlungskommission kann und darf, wenn der Zweck der ganzen Politik nicht vereitelt werden soll, nicht auf den Verkauf deutschen Privatbesitzes beschränkt werden. Der preussische Staat darf nicht dulden, daß die Polen durch Güterkäufe und Preistreiberien ihm ganze Provinzen entreißen.

Die Enteignung,

die der vorliegende Entwurf vorsieht, ist schon von dem Fürsten Bismarck in Aussicht genommen worden. An der Verfassungsmäßigkeit des Enteignungsverfahrens kann nicht gezweifelt werden. (Nach rechts. Widerspruch b. d. Polen, im Zentr. u. b. d. Freis.) Ganz gewiß ist die Enteignung bedenklich. Lange hat die Staatsregierung erwogen, ob sie vor Anwendung dieses Mittels nicht noch weitere Mittel versuchen soll. Ihr selbst wäre es lieber, mit milderen Vorschlägen zu kommen. Aber die Enteignung ist das einzige Mittel, das ihr bleibt, will sie nicht die Folgen jahrelanger Mühen verworfen geben. — Das Gesetz wird mit aller Schonung und unter tüchtigster Vermeidung aller Härten angewandt werden. (Unhaltendes Gelächter bei den Polen.) Nichts ist falscher, als von einer Ausrottungspolitik zu sprechen. (Sturm. Gel. b. d. Polen.) Das Gesetz wird in erster Linie zur Verteidigung und nicht zum Angriff angewandt werden. Die Selbstbehaltung zwingt uns dazu. Von polnischer Seite wird gesagt, daß die Staatsregierung nur gewisse Konzessionen speziell auf dem Gebiete des Schulwesens zu machen hat, um die Polen zu versöhnen und zu guten Staatsbürgern zu machen. Der preussische Staat hat immer die schlechtesten Geschäfte gemacht, wenn er versucht hat, durch nationale Konzessionen das Polentum zu gewinnen. (Sehr richtig! bei d. Nat. u. a. d. Rechten.) Der preussische Staat muß, wenn er nicht an seiner eigenen Existenz zweifeln will, in den Traditionen des großen Königs weiter arbeiten, der ihm jene polnischen Provinzen zugebracht hat. Er muß, wenn anders er jenes wertvolle Erbe des großen Königs behaupten will, zunächst den deutschen Grundbesitz in jenen Provinzen vor der polnischen Ueberschwemmung schützen. — Die Vorlage, die die Staatsregierung im vollen Gefühl ihrer Verantwortung eingebracht hat, dient nicht dem Kriege, sondern dem Frieden. (Gelächter bei den Polen.) Nehmen Sie die Vorlage an. (Sturm, anhaltender Beifall bei den Nat. und der Rechten, Zischen bei den Polen, erneuter Beifall bei der Rechten und bei den Nat., Phruuse bei den Polen.)

Präsident v. Kröcher schlägt vor, die nächste Sitzung am Freitag vormittag 11 Uhr mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidiums und erste Beratung der Polenvorlage abzuhalten. — Abg. Gagel (Nat.) bittet, die Beratung der Polenvorlage erst am Montag zu beginnen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. — Alle übrigen Fraktionsredner sprechen sich für den Vorschlag des Präsidenten aus, bei dem es bleibt.

In der Begründung des neuen Vereinsgesetzes

wird eine Darstellung des Inhalts des Vereinsgesetzes gegeben, ferner eine Uebersicht über den Stand der Gesetzgebung, betreffend das Vereins- und Versammlungsrecht in einer Reihe außerdeutscher Staaten. Es folgt dann eine längere Darstellung der Reichstagsdebatten und der Anträge des Reichstages, die darauf hinstreben, ein Reichsvereinsgesetz zu schaffen, gewissermaßen also eine Vorgeschichte des neuen Entwurfes. Auf das vorliegende Gesetz näher eingehend, sagt die Begründung: Da die Vereinsgesetze der Bundesstaaten in der Ausgestaltung gleicher Grundgedanken im einzelnen oft erhebliche Verschiedenheiten erkennen lassen und dadurch die Vergleichung erschwert wird, so bedarf es der besonderen Betonung, daß der vorliegende Entwurf als Ganzes zweifellos gegenüber sämtlichen einzelstaatlichen Vereinsgesetzen wesentliche Erleichterungen darbietet. Dem mehrfach geäußerten Gedanken, eines der bundesstaatlichen Vereinsgesetze unverändert dem Entwurf des Reichsgesetzes zugrunde zu legen, konnte in diesem Umfange nicht Rechnung getragen werden, da keines den hierfür maßgebenden Bedürfnissen völlig entspricht. Der Entwurf folgt den Arbeiten des Reichstages aus den Jahren 1873 und 1896 darin, daß er ausschließlich die öffentlich-rechtliche Seite des Vereinsrechts regelt. Eine Einwirkung auf die privatrechtlichen Normen für Vereine ist nicht beabsichtigt. Der Anregung, bei dieser Gelegenheit auch eine Regelung des sogenannten Koalitionsrechts vorzunehmen, ist der Entwurf nicht gefolgt. Vielach ist auch der Wunsch zutage getreten, es möchten im Rahmen dieses Vereinsgesetzes gleichzeitig auch die Rechtsverhältnisse der Berufsvereine ihre reichsgesetzliche Regelung finden. Tatsächlich werden diese in einer Reihe ihrer wichtigsten Beziehungen — nach der öffentlich-rechtlichen Seite hin — durch den Entwurf bereits mitberührt; dagegen ist dies nicht der Fall hinsichtlich ihrer privatrechtlichen Verhältnisse, insbesondere der Frage nach Erlangung der Rechtsfähigkeit. Soweit ein Bedürfnis für eine Neuordnung der Berufsvereinswesen auch auf dem Gebiete des Privatrechts anzuerkennen sein wird, würde gegebenenfalls durch eine besondere Vorlage Rechnung zu tragen sein.

Deutschland.

— Die erste Sitzung des Herrenhauses am Dienstag, die in Vertretung des bisherigen Präsidenten Fürsten v. Kniphausen vom bisherigen zweiten Vizepräsidenten Freiherrn v. Mantuffel geleitet wurde, war nur ganz kurz. Auf der Tagesordnung stand nur die Wahl des Präsidiums und der Schriftführer. Auf Antrag des früheren Landwirtschaftsministers Freiherrn v. Lucius wurde das bisherige Präsidium, bestehend aus dem Fürsten v. Kniphausen, dem Freiherrn v. Mantuffel und dem Wirkl. Geheimen Rat Beder-Köln wiedergewählt. Nachdem noch acht Herren zu Schriftführern gewählt worden waren, war die Sitzung beendet.

— Ueber die Gesundheit des Kaisers meldet das „Vossische Telegraphenbureau“, indem es sich dabei auf Informationen an ausländischer Stelle bezieht: Der Kaiser hat Ende Oktober und Anfang November an Husten und Schnupfen (Katarch der oberen Luftwege mit leichter Temperatursteigerung) gelitten und mußte deshalb einige Tage das Bett hüten. Da sich der Monarch danach angegriffen fühlte, und die letzten Reste des Hustens in Berlin nicht schwinden wollten, ließ er sich bestimmen, im Anschluß an die Reise nach Windsor einen Erholungsaufenthalt an der durch mildes Klima ausgezeichneten Südküste Englands zu nehmen. Der Katarch ist jetzt beseitigt und die allgemeine Erholung macht die besten Fortschritte. Sie wurden etwas aufgehalten durch eine leichte Verstauchung des linken Knies, welche bei einer Jagd in Windsor entstanden war. Aber auch diese ist nahezu völlig geheilt. Die von einigen Zeitungen gebrachten Nachrichten über ein Kehlkopf- oder Ohrenleiden entbehren jeder Begründung.

— Der Badische Landtag ist Dienstag durch den Großherzog in feierlicher Weise mit einer Thronrede eröffnet worden. In derselben gedenkt der Großherzog zunächst seines verstorbenen Vaters und fährt dann fort: „Im Sinne und Geiste des vereinigten Großherzogs will ich feststehen zu Kaiser und Reich und treu der Verfassung die Regierung führen. Es wird stets meine Aufgabe sein, in den bewährten Bahnen haltenden Fortschritts die Wohlfahrt des Landes auf allen Gebieten der staatlichen Tätigkeit, des geistigen und wirtschaftlichen Lebens zu fördern. Von Ihnen, edle Herren und liebe Freunde, erwarte ich mit Zuversicht, daß Sie mir in meinem Bestreben allezeit eine feste Stütze sein werden.“ Die Thronrede kündigt sodann mehrere Gesetzentwürfe bezüglich Aufbesserung der Dienstentlohnung der Staatsbeamten an. Bezüglich der Eisenbahneinnahmen heißt es: Die Einnahmen aus dem Personenverkehr sind trotz dessen erheblicher Steigerung etwas zurückgegangen. Es ist dies insbesondere darauf zurückzuführen, daß die Fahrpreise durch die Personentarifreform im großen und ganzen wesentlich vermindert worden sind. Die Besserstellung ihres Personals läßt sich die Eisenbahnverwaltung unausgesetzt angelegen sein; auch sind die Löhne der Arbeiter abermals erhöht worden.

— (Die Abschaffung der Todesstrafe abgelehnt.) In der Sitzung der bayerischen Abgeordnetenkammer kam es zu einer lebhaften Debatte über die Abschaffung der Todesstrafe. Der sozialdemokratische Abgeordnete Sieheim brachte den Antrag ein, die für den Schaffstrich und seinen Gehilfen angelegte Summe zu streichen. Der Abgeordnete Dünther stimmte diesem Antrag bei, erklärte aber, daß der jetzige Zeitpunkt ungeeignet sei. Die Freisinnigen stimmten gegen den Antrag. Nach längerer Debatte wurde die festgesetzte Summe angenommen. Der sozialdemokratische Antrag ist somit abgelehnt.

— (Schiffsbautechnische Gesellschaft.) Unter dem Vorsitz des Großherzogs von Oldenburg trat am Montag in der Aula der Technischen Hochschule in Charlottenburg die von etwa 600 Teilnehmern, Vertretern des Reichsmarineamts, der Großen Schiffsreederei, Schiffsverwerften, Berg- und Hüttenwerken, Handelskammern und anderen kaufmännischen Korporationen sowie von einer Reihe namhafter Industrieller und Großkaufleute besuchte Hauptversammlung der Schiffsbautechnischen Gesellschaft zusammen, an der in früheren Jahren auch wiederholt der Kaiser teilgenommen hat.

— In dem Verleumdungsprozeß gegen Maximilian Harden ist nach der „Kreuzzeitung“ der Hauptverhandlungstermin auf Montag, 16. Dezember, 9½ Uhr und nötigenfalls folgende Tage im kleinen Schwurgerichtssaal des alten Kriminalgebäudes anberaumt worden. Den Vorsitz der 4. Strafkammer des Landgerichts I, vor der die Verhandlung stattfindet, führt der Landgerichtsdirektor Lehmann.

— Der Verleumdungsprozeß von Dr. Peters wider den Chefredakteur der „Kölnischen Zeitung“, Ernst Basse, und den Gouverneur a. D. Rudolf v. Bennigsen beginnt vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Köln am 7. Januar 1908. Es ist für die Verhandlung eine volle Woche angesetzt.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 28. Nov. (Zunngesammlungsversammlung.) Die auf Sonntag nachmittags 4 Uhr im Lokale des Herrn Otto Biermann am Markt anberaumte außerordentliche Versammlung der Zwangsinnung für das Zimmerer-, Schreiner-, Möbeler-, Stellmacher- und Drechsler-Handwerk zu Kamen war gut besucht. Nachdem die Beiträge von den Anwesenden gezahlt waren, eröffnete der Obermeister Ludwig Knieper die Versammlung und teilte den Zweck derselben mit. Es wurden die Schreiben der Behörden vorgelesen, wonach der Herr Regierungspräsident zu Arnsberg den in der zweiten Innungsversammlung von ¼ der erschienenen Zwangsmitglieder der Innung gestellten Antrag auf Auflösung der Zwangsinnung genehmigt hat. Die Abwiderlegung der Geschäfte hat gemäß § 98 der Reichsgewerbeordnung durch die Aufsichtsbehörde zu erfolgen. Da mit Schluß dieses Jahres die Aufstellung über das Vermögen beim hiesigen Magistrat eingereicht werden muß, werden die Beiträge von den Mitgliedern, wenn sie nicht binnen 8 Tagen beim Kassensführer Herrn Heinrich Fienne entrichtet sind, von der Behörde eingezogen. Von Herrn Fienne wurde noch der Vermögensstand der Innung, soweit zu übersehen war, bekannt gegeben. Nach Verlesung der letzten Protokolle vom Schriftführer Herrn Karl Stumm schloß der Vorsitzende mit passenden Worten die letzte Versammlung der Zwangsinnung. — Hierauf fand eine Versammlung der neuen freien Innung für das Zimmerer- und Schreiner-Handwerk statt. Herr Knieper berichtet, daß der Bezirks-Ausschuß in Arnsberg die Satzungen genehmigt, und auch die Übertragung des Vermögens der aufgelösten Zwangsinnung bewilligt sei. Diejenigen, welche der Innung bis zum 1. Januar 1908 beitreten, sollen von der Entrichtung des Beitrittsgebühres befreit sein. Die nächste ordentliche Versammlung soll im Januar stattfinden, und in dieser auch der Antrag auf Beitritt zum hiesigen Innungs-Ausschuß zum Beschluß erhoben werden. Die Versammlung wurde mit dem Wunsche geschlossen, daß die Innung zum Segen für das Handwerk wachsen, blühen und gedeihen möge. Gott segne das ehrbare Handwerk!

Kamen, 28. Nov. Versammlung der Anhänger des entchiedenen Liberalismus. Am Sonntag, den 1. Dezember findet nachmittags 4 Uhr in der Gastwirtschaft von Nieder, Am Markt 6 eine öffentliche Versammlung der Anhänger der freisinnig-demokratischen Idee statt, welche sich mit der augenblicklichen politischen Situation und mit der Frage der politischen Organisation beschäftigen soll. (Siehe auch Informat.) Als Redner werden die Herren Oberlehrer Tromm aus Hamm, und Parteisekretär Porsch aus Düsseldorf aufzutreten. Die Einberufer der Versammlung bitten um zahlreicheren Besuch.

Kamen, 28. Nov. (Der Rindviehbestand Westfalens — nach der letzten Zählung.) In der deutschen Viehproduktion steht die des Rindviehs an der Spitze, nach der letzten Zählung wurden 19,3 Millionen Stück Rindvieh festgestellt, was gegen den Rinderbestand im Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts eine Zu-

nahme von mehr als 4 Millionen Stück bedeutet. Nahezu zwei Drittel des deutschen Rindviehs wird in dem Königreich Preußen gezüchtet, 11,1 Millionen Stück wurden dort am 1. Dezember 1904 gezählt. Das bedeutet, daß auf einem □-Kilometer der landwirtschaftlich benutzten Fläche 48,5 und auf je 100 Einwohner in Preußen 30,4 Rinder kommen. Absolut die größte Anzahl Rindvieh wurde mit 1,5 Millionen in der Provinz Schlesien gezählt, während in der Provinz Westpreußen mit 665 000 Stück die Rindviehzucht am wenigsten in Preußen produziert. Was das Verhältnis der Zahl der Rinder zur landwirtschaftlich benutzten Fläche angeht, so marschiert in dieser Beziehung das Rheinland an der Spitze, wo auf einen □-Kilometer 71,2 Rinder kommen. Am wenigsten Rinder auf dem □-Kilometer zählt Pommern mit 33,9. Das Verhältnis der Einwohnerzahl zu der Zahl des gezüchteten Rindviehs war am günstigsten mit 66,3 Rindern auf je 100 Einwohner in der Provinz Schlesien, während das Rheinland bei diesem Verhältnis am schlechtesten wegkommt, da dort auf oben genannte Einwohnerzahl 18,4 Rinder kommen. In unserer Provinz Westfalen wurden bei der letzten Feststellung vor drei Jahren 670 200 Stück Rindvieh gezählt. Das heißt, daß auf den einzelnen □-Kilometer 54,5 und auf je 100 Einwohner 18,7 Rinder kommen.

Kamen, 28. November. (Verschiedenes.) Wie aus dem Jahresbericht des Westfälischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes zu ersehen ist, wurden in Bergkamen, Rheine und Guderde drei neue Zweigvereine mit zusammen 118 Mitgliedern ins Leben gerufen, so daß die Gesamtzahl der in den Zweigvereinen zusammengefaßten Mitglieder 15 526 beträgt. Dem Bunde gehören jetzt 28 066 Mitglieder an. Die Gesamteinnahme der westfälischen Gruppe des Evangelischen Bundes betrug 52 151,50 Mk., die Gesamtausgabe 46 716,59 Mk.

In unserer Nachbarstadt Lünen sind die Satzungen des neuen Progymnasiums, in der vorgelegten Fassung, von der Regierung nicht genehmigt worden. Das Provinzialschulkollegium in Münster hatte u. a. hinsichtlich der Besetzung des Rectoriums die Bestimmung der Konfession als nicht zulässig bezeichnet. (Bekanntlich enthalten die Satzungen unseres Progymnasiums in Bezug auf die Zusammensetzung des Rectoriums ähnliche Bestimmungen.)

Eine nachahmenswerte Einrichtung hat der Bürgermeister Cune in Hagen getroffen. Um Mißgriffen und Fehlern in der Berufswahl der aus der Volksschule entlassenen Kinder nach Möglichkeit zu steuern, hat er angeordnet, daß die Schüler und Schülerinnen der Volksschulen auch im letzten Schuljahr einer genaueren ärztlichen Untersuchung unterworfen werden. Die soll zu Anfang des letzten Schuljahres vorgenommen werden, damit noch genügend Zeit verbleibt, die Ausführung der gegebenen Vorschriften und ihre Wirkung beobachten zu können. Der körperliche Zustand der Schulkinder soll bei der Berufswahl mitbestimmend sein.

Metzler, 28. Nov. (Statistisches.) In der Gemeinde Metzler sind im verflossenen Kirchenjahre 137 Personen gestorben und zwar 35 mehr als im Vorjahre. Davon waren 66 Kinder im Alter bis zu 6 Jahren.

Weddinghofen, 28. Nov. (Schulneubau.) Da die Einwohnerzahl ständig zunimmt, reichen die Schulräume für die ebenfalls wachsende Schülerzahl nicht mehr aus. Mit Beschaffung eines neuen Schullokals soll deshalb bald begonnen werden und die Aufstellung eines dritten Lehrers erfolgen.

Heeren, 28. Nov. Im verflossenen Kirchenjahre sind in unserer evangelischen Gemeinde 72 Personen, darunter 33 Erwachsene, gestorben.

Hamm, 27. Nov. Die Errichtung einer Volksbadeanstalt ist hierseits geplant. Die Volksbadeanstalt soll auf dem Platz des alten Gasanstalt errichtet werden. Die Gesamtkosten des Baus, ohne Grund und Boden, sind vorläufig auf rund 200 000 Mark veranschlagt.

Tortmund, 27. Nov. (Verschiedenes.) Die gestern vor dem Schwurgericht verhandelte Anklagesache zeigte, mit welchem Leichtsinne Meincide geschworen werden. Der Bergmann Johann Schwarze jünger aus Unna versuchte den Verkehr seiner Tochter mit einer Freundin zu verhindern, allerdings durch eine verwerfliche Handlungsweise. Er sagte ihre Freundin eines Abends auf der Straße ab, brachte sie zur Polizeiwache, zog einen sogenannten Hampelmann, an dem eine schwere Eisenschraube befestigt war, aus der Tasche und erklärte, er sei mit dem Instrument von dem Mädchen geschlagen worden. Die Polizeiverwaltung setzte gegen das Mädchen wegen unberechtigten Waffentragens eine Geldstrafe von 20 Mark fest. Da gegen die Strafverfügung Widerspruch erhoben wurde, kam die Sache vor das Schöffengericht, wo S. zweimal unter Eid ausfragte, er sei mit dem Hampelmann von dem Mädchen geschlagen worden. Er habe noch nie ein solches Instrument besessen. Da das Mädchen Zeugen herbringen konnte, die das Gegenteil bekundeten, beschloß das Gericht die sofortige Verhaftung des S. Die Geschworenen sprachen ihn des Meineids in zwei Fällen schuldig, mußten aber auch die Frage beantworten, ob der Angeklagte sich selbst eines Verbrechens schuldig haben würde, wenn er die Wahrheit gesagt hätte. Diese Tatsache schützte den Angeklagten vor der sonst verurteilten Strafe von 6 Jahren Zuchthaus, die seitens des Staatsanwalts beantragt wurde. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust.

Wattenscheid, 27. Nov. (Badeanstalt.) Die Stadtverordneten beschloßen die Errichtung eines Volksbades und bewilligten dafür 36 000 Mark.

W. Gelsenkirchen, 27. Nov. Bei einem Brande des alten Schuppens der Gärtnerei Bierhaus in Eidel ist, wie man vermutet, der Gärtner Fritz Bierhaus in den Flammen umgekommen. Man betreibt die Ausgrabungen an der Brandstätte sehr eifrig.

W. Linden a. d. R., 27. Nov. (Ein Messerheld.) In der Wohnung der Witwe Brune kam es nach einem Trinkgelage zu Tätlichkeiten. Dabei zog der Bergmann Bella aus Werne ein Dolchmesser und versetzte der Frau Brune einen Stich in den Nacken, ihrem erwachsenen Sohne einen Stich in den Kopf und dem Bergmann Brunnede einen Stich in den Arm und einen in die Brust, wodurch die Lunge getroffen wurde. Der zu Tode Verletzte kam ins Krankenhaus. Der Messerheld, ein vielfach vorbestrafter Burche, ist flüchtig.

W. Münster, 27. Nov. (Straßenraub.) In der letzten Nacht wurde bei dem Dorfe Übersloh der Drechselmaschinenmeister Wangermann überfallen und tödlich verletzt. Es wurden ihm 450 Mark geraubt.

Arnsberg, 28. Nov. Bei der Ausschachtung einer Rastgrube in Almsdorf kamen Teile einer alten Rittersrüstung und ein Ritterhandschild zum Vorschein. Auch sind Spuren eines unterirdischen Ganges sichtbar. Die Arbeit wurde eingestellt, bis die Bedeutung der Fundstelle festgestellt ist.

W. Siegen, 27. Nov. (Ueberfahren.) Auf dem Bahnhofe Sickenbach wurde beim Ueberfahren der Gleise die 60 Jahre alte Witwe Beder aus Haarhausen von einem Personenzug erfasst und getötet.

W. Werden, 27. Nov. Ein aufregender Vorgang ereignete sich in dem Eisengeschäft Füh in Werden. Ein junger fremder Mann wünschte einen Revolver und Patronen zu kaufen. Als er eine

Waffe ausgefucht hatte, lud er diese und schoss sie in eine Kugel in den Kopf. Der Fremde war auf der Stelle tot.

Barmen, 27. Nov. (Vor dem Wahltag gestorben.) Gestern mittags gegen 11 1/2 Uhr wurde der Buchbinder Richard Röhrig, Theodorstraße 35 wohnhaft, bei dem Ausüben des Wahlgeschäftes vor dem Wahlstisch vom Schläge getroffen und war nach kurzer Zeit tot. Die Leiche wurde in das Totenhaus überführt.

Barmen, 28. Nov. Der Oberbürgermeister hatte gegen einen Polizeiergeanten, der sich weigerte, an einem für die Polizeiergeanten eingerichteten regelmäßigen Turnunterricht teilzunehmen, und der auch einer wiederholten Aufforderung zu einer körperlichen Untersuchung durch den Kreisarzt nicht nachgegeben war, eine Arreststrafe von zwei Tagen festgesetzt. Das Oberverwaltungsgericht in Berlin hat nunmehr diese Strafe in eine Ordnungsstrafe von 5 Mark umgeändert.

Elberfeld, 27. Nov. (Feuer.) In der Nacht zum Sonntag entstand in der Fabrik von Barmann und Meisenholl, Bodmühlstraße auf unaufgeklärte Weise Feuer, das erst nach mehrstündiger Tätigkeit durch die hiesige Feuerwehr gelöscht werden konnte. Der durch Versicherung gedeckter Schaden wird auf 60 000 Mk. geschätzt.

(Mülheim a. d. R., 26. Nov. (Leichen gelandet.) Sonntag vormittag wurde aus dem Rhein in der Nähe von Homberg die Leiche des Sohnes des Wirtes Hill von hier gelandet. Ob Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt, ist noch nicht festgestellt. Sonntag nachmittag wurde aus der Ruhr auf Spelborfer Gebiet in der Nähe des Kollerhofes die Leiche des seit ca. 6 Wochen vermissten Küfers Franz Schöning gelandet. Die Leiche war schon in Verwesung übergegangen. Sch. war unverheiratet.

! M.-Gladbach, 27. Nov. Vor dem Schwurgericht wurde gegen den Weber Johann Schmitz verhandelt, der im Oktober in einer hiesigen Weberei während einer Kaffeepause mit seinem Arbeitskollegen Orts in eine Kederei geriet und dabei ein Messer zog. Orts rannte in das Messer, das ihm durch das Herz drang, und fiel tot zu Boden. Das Schwurgericht sprach den Angeklagten frei, da es weder fahrlässige noch vorsätzliche Tötung für erwiesen erachtete, sondern einen Unglücksfall annahm.

Düsseldorf, 27. Nov. Wegen Betruges zum Nachteil der Stadt Düsseldorf verurteilte die Strafkammer den beim städtischen Hafenamt angestellten gewesenen Bureaubeamten Heinrich Hüßler unter Annahme mildernder Umstände zu drei Monaten Gefängnis. Der Genannte hatte die Prüfung der Lohnlisten für die Hafenarbeiter zu besorgen. Er hatte in die Lohnlisten bereits seit Jahren höhere Beträge eingetragt und auf diese Weise insgesamt 2300 Mark veruntreut.

Düsseldorf, 26. Nov. Die Kriminalpolizei verhaftete den Inhaber des hiesigen Detektivbureaus „Memis“ namens Rudolf Burchardt, weil er in einer großen Anzahl von Fällen Gelder veruntreute, die er für hiesige Geschäftsleute eingezogen hatte.

(Nath, 27. Nov. (Schuppenbrand.) In der Nacht brannten die Wirtschaftsgelände des Landwirts Hees, die mit Frucht gefüllt waren, bis auf die Umfassungsmauern nieder. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Vom Mittelrhein, 27. Nov. (Hundevergiftungen.) Nachdem vor einigen Tagen die Hundevergiftungen in Boppard wieder begonnen haben, hat der Regierungspräsident auf die Ergreifung des Täters eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Schon mehrfach wurden Hausdurchsuchungen nach Gift vorgenommen. Der Bürgermeister von Boppard forderte die ganze Bürgerschaft auf, doch nach Kräften mit beizutragen, daß dem Täter, dem schon fünfzig, oft wertvolle Hunde zum Opfer gefallen sind, das Handwerk gelegt wird.

(Koblenz, 27. Nov. (Schreckliche Tat.) Die Frau des Butterhändlers Scheidt auf der Löhrrstraße begoß ihre Kleider mit Petroleum und zündete diese hierauf an. Die Frau verbrannte bei lebendigem Leibe. Zerrüttete Geschäfts- und Familienverhältnisse sind der Beweggrund zur Tat. Die Frau hatte schon nachmittags versucht, sich mit Lysol zu vergiften.

! Mainz, 27. Nov. Vergiftet hat sich in der Nacht vom Freitag zum Samstag im Hause seiner Eltern ein hiesiger 28-jähriger Kaufmann. Der junge Mann wollte sich, wie das „Mainz. Journ.“ meldet, im Dezember verheiraten. Die Eltern hatten aber Bedenken gegen diese Heirat. In einem hinterlassenen Testament hat der Verstorbenen seine Braut als Erbin seiner Hinterlassenschaft eingesezt.

! Mainz, 27. Nov. Zwei Falschmünzer, der Schneider Johann Emil Geishardt aus Koburg und der Lüncher Seiner. Gröninger aus Rüdelsheim, wurden hier festgenommen. Ersterer hatte in einem Spezereigeschäft ein falsches Zweimarkstück verausgabt, während letzterer auf der Straße Posten stand. Bei Geishardt wurden, wie das „Mainz. Journ.“ berichtet, noch 43 falsche Zweimarkstücke vorgefunden.

Das Geheimlager in Berlin.

Die Untersuchung des reichhaltigen Waffen- und Schriftenlagers, das die Berliner Polizei im Hause des Restaurateurs Emil Kerfin, Panstraße 32b aufgehoben hat, fördert fortgesetzt neues Material zutage und die Annahme, daß es sich hier um das Schmuggellager der russischen Sozialrevolutionäre handelt, verstärkt sich zur Bestimmtheit. In den zwei Wagen füllenden Beständen des Lagers fielen unter der Unmasse von Schriften mehrere durch Eisenbänder und Holzleisten wohlverpackte schwere Ballen auf. Als man die Verpackung löste, bot sich den untersuchenden Beamten ein überraschender Anblick: der Inhalt bestand aus reinem weißen Wattenpapier länglichen Formats, das von gewellten Wasserlinien durchzogen wird. Nach dem Urteil eines Papierfachmannes ähnelt dies Papier dem, das zur Herstellung von Staatspapieren und Obligationen verwendet wird. Es ist aber auch möglich, daß dieses handgefertigte Wattenpapier zur Herstellung von falschen Pässen dienen sollte.

Eine genaue Vergleichung des beschlagnahmten Papiers mit Staatspapieren und russischen Pässen wird in dieser Hinsicht Gewißheit verschaffen. Einen zweiten wichtigen Fund außer den schon gemeldeten bildet eine starke Holzleiste, die bis an den Rand mit sauber verpackten Schrauben gefüllt ist. Diese Schrauben sind von einer Konstruktion, wie sie nach dem Gutachten von Sachverständigen von russischen Maschinen mit Vorliebe zur Fabrikation von Höllemaschinen und Sprengapparaten benutzt werden. Das ganze Material von Schriften, Papier und Waffen ist in einem Keller des Polizeipräsidiums untergebracht worden. Die Untersuchung durch die Berliner Polizei erstreckt sich auch auf die kürzlich gemeldeten Fälle des verhafteten armenischen Terroristen Miraki und des Russen Trofimow, der mit 29 anderen Russen ausgewiesen wurde. Die Polizei überraschte wie feinerzeit berichtet, eine geheime Versammlung von russischen Sozialrevolutionären in der Sophienstraße. Die Teilnehmer der Versammlung zerrissen, als sie von den Kriminalbeamten überrascht wurden, mehrere Papiere und warfen die Schmelze unter den Tisch. Die Prüfung dieser Papiere führte die Polizei auch auf das Lager in der Panstraße. Welche Personen jedoch dieses Lager errichtet und benutzt haben, konnte noch nicht ermittelt werden. Es steht aber bis jetzt schon fest, daß es eine Gründung der russischen Sozialdemokratie ist, und zwar ihrer „Majorität“. Diese „Majorität“ — so lautet bei den Russen der Titel — wird aber von Terroristen gebildet. Die Untersuchung der Polizei dauert noch an. An den Minister des Inneren wird nach Abschluß der heutigen Vernehmungen ein amtlicher Bericht über die Affäre gefandt werden, die wahrscheinlich noch größere Kreise ziehen dürfte.

15 stündige Arbeitszeit.

Das letzte Eisenbahnunglück auf der Rixdorf-Mittenwalder Kleinbahn beschäftigte die Berliner Strafkammer. Angeklagt wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransporthers und wegen fahrlässiger Körperverletzung war der Hilfszugführer Richard Gehard. Am Vormittag des 20. Mai d. J. fuhr der von Mittenwalde kommende Personenzug mit voller Geschwindigkeit und befand sich kurz vor der Station Budow, als der Lokomotivführer zu seinem Schreden bemerkte, daß die Weiche, die ein Nebengleis mit dem Hauptgleisenstrang verband, falsch gestellt war. Der Zug lief deshalb in das Nebengleis ein. Trotz Anwendung aller ihm zu Gebote stehenden Bremsmittel kam es zur Lokomotivführer nicht mehr verhindern, daß der Zug unter einem donnerähnlichen Krach in die Güterwagen hineinfuhr. Glücklicherweise hatte dieser Unglücksfall keine schlimmeren Folgen. Mehrere Fahrgäste trugen leichte Kontusionen davon, dagegen war der Materialschaden ein sehr großer. Die eingeleitete Untersuchung führte zu dem Strafverfahren gegen den jetzigen Angeklagten Gehard. Dieser war bei der Kleinbahngesellschaft im Jahre 1903 als Streckenarbeiter eingetreten und dann Hilfszugführer geworden. An dem Unglückstage hatte er einen Zug von Rixdorf nach Mittenwalde zu leiten. Er hatte den Auftrag, mehrere Güterwagen auf der Station Budow auf das Nebengleis umzusetzen und war dann, ohne die Weiche wieder umzustellen, weitergefahren. Die Anklage erblickt hierin eine Fahrlässigkeit, da G. nach der ihm ausgetheilten Betriebsordnung, als Zugführer verpflichtet war, auf Stationen, in denen kein Stationsbeamter tätig ist, die Weiche selbst zu stellen. — Vor Gericht machte der Verteidiger des Angeklagten sehr bemerkenswerte Angaben über die Betriebsweise der Rixdorf-Mittenwalder Kleinbahngesellschaft. Der Angeklagte habe eine fünfzehnstündige tägliche Arbeitszeit, beziehe aber nur einen Tagelohn von drei Mark und acht Pfennigen. Selbst auf den größeren Stationen, wie Budow, werde von der Gesellschaft aus Sparsamkeitsrücksichten kein männlicher Beamter, sondern eine Frau beschäftigt, die für ihr Amt, welches im Billetverkauf, Bahnhofskontrolle und telefonischer An- und Abmeldung der Züge nach den übrigen Stationen bestehe, ganze zehn Mark monatlich erhalte. Nach diesem Unglücksfalle, der sich in ganz gleicher Weise schon einmal ereignet habe, sei dann ein männlicher Stationsbeamter eingesezt worden. Der Unfall sei deshalb weniger auf eine Fahrlässigkeit des Angeklagten, als auf das Sparsystem der Gesellschaft zurückzuführen. Der als Sachverständige für das Eisenbahnwesen vernommene Geh. Baurat v. Schütz gab sein Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte nur insofern nicht von einer gewissen Fahrlässigkeit freizusprechen sei, weil er die ihm nach der Betriebsordnung auferlegte Arbeit des Weichenstellens unterlassen habe. Bei der ganzen Art und Weise des Betriebes ständen ihm jedoch mildernde Momente in weitgehendem Maße zur Seite. Das Gericht ließ auch Milde walten und erkannte nur auf eine Geldstrafe von 50 Mark.

Aus aller Welt.

— Ein deutscher Schutztruppen-Leutnant, befreite nach einem Telegramm aus Libreville, aus den Händen der empörten Eingeborenen im oberen Ivindo-Bezirk zwei Herren einer französischen Gesellschaft. Beide waren gebunden und sollten den Martertod erleiden. Sie wurden auf deutsches Gebiet gebracht und dann heimgeführt. Sonderbarerweise wird diese freundschaftliche Aktion in Paris als ein unberechtigter fremder Eingriff (!) bezeichnet.

— (Unfall des Eisenbahnzuges König Leopolds.) Der Speisewagen des Brüssel-Pariser Eilzuges, in dem König Leopold Dienstag mittags nach Paris reiste, sprang nahe der Stadt Hal aus den Schienen. Es kamen infolgedessen dabei weder Personen, noch Material zu Schaden. Der Stoß war sehr heftig, so daß ihn auch der König, wie alle anderen Reisenden empfunden haben.

— Mit flüssiger Luft getauft. Die eigenartige Zeremonie einer Ballontaufe mit flüssiger Luft wurde gestern in Straßburg bei der Einweihung des Ballons des rheinischen Vereins für Luftschiffahrt vollzogen. Gestern mittags hatten sich der Prinz Waldemar von Preußen, der kommandierende General des 5. Armeekorps, zahlreiche Regierungs- und Universitätsvertreter sowie Graf Zeppelin zu diesem Feste eingefunden. Die Tochter des Grafen Zeppelin taufte den Ballon mit einer Flasche flüssiger Luft auf den Namen Zeppelin, sodann stieg der Ballon auf, in der Gondel befanden sich Gardeleutnant Lohmüller, ein General und der Fabrikdirektor Griesbach. Der Ballon nahm seinen Weg nach Süden.

— Ueber einen bemerkenswerten Automobilunfall wird aus London gemeldet: Ein Automobil, das von dem General Sir Henry Rawlinson geführt wurde, stieß Sonntag bei einer Wegkreuzung in der Nähe von Frintley mit einem Motorzweirad zusammen, auf dem der Generalmajor Sir Henry Colville saß. Colville erlitt schwere Kopfverletzungen und einen Beinbruch und wurde in betäubtlosem Zustande in das nächste Hospital gebracht, wo er bald darauf seinen Verletzungen erlag.

— Bei den Stadtverordnetenwahlen in Kiel haben die Sozialdemokraten mit 4350 Stimmen gegen 4045 bürgerliche gesiegt. Drei Sozialisten sind gewählt.

— Ein Londoner Warenhaus in Flammen. Das Warenhaus von Gamage, das auch zu Deutschland umfangreiche geschäftliche Beziehungen unterhält, steht in Flammen. Das Personal scheint bis auf einen jungen Mann gerettet zu sein. Das Feuer brach mit einer heftigen Explosion im Orient-Departement des Hauses aus. Die feuerfesten Türen wurden sofort geschlossen, wodurch das Feuer auf die oberen Stockwerke beschränkt geblieben ist. Ueber zwanzig Dampffrisen sind an der Arbeit; sie richten ihre Hauptbemühungen auf die Rettung der Nachbarhäuser.

— Der neue englische Dampfer „Mauretania“, welcher am Freitag in New-York eintraf, hat die Ueberfahrt in 5 Tagen und 5 Stunden 10 Min. zurückgelegt. Die Durchschnittsgeschwindigkeit betrug 22,21 Knoten.

— Ein Zusammenstoß zweier Güterzüge fand am Montag vormittag auf dem Bahnhof Gernersheim bei Kaiserslautern statt. Ein Geizer ist schwer verletzt. 17 Wagen wurden zertrümmert.

— In Ägypten ergriffen. Mit Hinterlassung bedeutender Schulden wurde im Sommer vorigen Jahres der in Jersau bei Glauchau wohnende Kaufmann und Zigarettenbesitzer Alfred Stabelmann flüchtig, eine in Sportkreisen bekannte Persönlichkeit. Den wegen betrügerischen Bankrotts und Wechselfälschung Verfolgten hat man jetzt in Kairo festgenommen, wo er sich unter falschem Namen aufhielt. Er wird nach Deutschland ausgeliefert werden.

Neueste Nachrichten

Das aufgehobene Geheimlager.

! Berlin, 27. Nov. Die Affäre des von der Polizei im Hause Panstraße 32 aufgehobenen Schriften- und Waffenlagers der russischen Revolutionäre zieht immer weitere Kreise. Nach einer bei der Polizei eingegangenen Mitteilung soll das im Geheimlager beschlagnahmte weiße Papier aus der Buchhandlung des Vorwärts stammen. Infolgedessen wird im Laufe des heutigen Vormittags der Geschäftsführer des „Vorwärts“, Fischer, polizeilich vernommen, ebenso der Expeditur des „Vorwärts“ Eugen Ernst.

! Neuß, 27. Nov. Der Bankier Josef Alt begann vor dem Fenster seiner Wohnung am Föhrergraben auf die Passanten zu schießen, sodaß eine Panik entstand. Er attackierte auch das von seiner Haushälterin herbeigerufene Sanitätspersonal, dem es aber schließlich gelang, ihn zu beruhigen, und nach einer Klinik überführen zu lassen.

! Petersburg, 27. Nov. Im Vorortzug der Warschauerbahn wurde der Senator Krit im Schlafwagen 1. Klasse verhaftet.

Standesamt Bismarck.

Vom 1. bis 15. November 1907.

Vermählte: Stellmacher F. Küper u. Karoline Bäder, Verch u. Rottum. Eisenbahnhilfskassier S. Westkämper u. Henriette Dier, Wiescherhöfen. Wagenführer T. Fischer u. Wilhelmine Barthold, Hamm u. Overberge. Fabrikarb. A. Pannewitz, u. Berta Wiltner, Wiescherhöfen.

Geboren: Ein Sohn den Nachbarnanten: Bergm. R. Wendel, Overberge. Bureauehilfe L. Fiedermann, Bismarck. Tagelöhner J. Duichinski, Bismarck. Hilfsweidenkeller W. Kröner, Overberge. Tagelöhner F. Rambrat, Rünthe. Tagelöhner F. Szynala, Herringen. Buntsticker A. Breitländer, Bismarck. Kesselwärter J. Dargel, Herringen. Metzger S. Behrendt, Bismarck. Landwirt F. Jellinghaus, Overberge. Bergm. A. Lütteden, Rottum. Bergm. S. Schulte-Corner, Rünthe. Bergm. S. Wela, Overberge. Bergm. F. Friedrich, Bismarck. Barbier G. Gehring, Bismarck. Bergm. J. Liska, Rünthe. Bergmann D. Böling, Wiescherhöfen (Willingen). — Eine Tochter den Nachbarnanten: Bergm. S. Hoffmann, Overberge. Bergm. F. Timmerhoff, Wiescherhöfen. Klempnermeister F. Wienhausen, Rünthe. Schirmmeister J. Klaas, Bismarck. Maurer J. Springer, Bismarck. Bergmann S. Mithoff, Heil. Postbote F. Dächting, Herringen. Bergm. S. Kleimann, Bismarck.

Gestorben: S. A. Bergherr, Wiescherhöfen, 9 M. Emma Wischenski, Rünthe, 1 M. W. Frachmann, Overberge, 24 J. A. Böhm, Rünthe, 4 M. Inval. F. Brandt, genannt Brüggehoff, Overberge, 68 J.

Verantwortlicher Redakteur: Fr. Meyer in Ranten.

Alles spricht von

Simon's billiger Woche

Ranten. West- u. Rümerstr.-Ecke.



Heute abend 9 1/4 Uhr entschlief sanft u. gott-
ergeben nach kurzem Krankenlager meine liebe
Frau, unsere gute, unvergessliche Mutter, Schwieger-
mutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin und
Tante

**Frau Landwirt
F. Dieckmann gen. Ostendorff**

Lina geb. Helmig

im Alter von 70 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Weddinghofen, Dortmund und Mühlhausen,
den 26. November 1907.

Die Beerdigung findet Samstag den 30. Novbr.
nachm. 4 Uhr in Methler statt. 1375?

Bekanntmachung.

An den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten und
am Sonntage vor Pfingsten dürfen Gehilfen, Lehrlinge und
Arbeiter im **Handelsgewerbe** beschäftigt werden.

Die Beschäftigungszeit beginnt um 8 Uhr vormittags und
dauert mit Unterbrechung der für den Hauptgottesdienst fest-
gesetzten Pausen (9 1/2 bis 11 1/2 Uhr vormittags), an den drei
letzten Sonntagen vor Weihnachten bis 8 Uhr, an dem letzten
Sonntage vor Pfingsten bis 7 Uhr abends.

Während der vorbezeichneten Stunden darf auch der Be-
trieb des **Handelsgewerbes** in offenen Verkaufsstellen stattfinden.
Ferner ist an Wochentagen vom 15. bis Ende Dezember
eine verlängerte Verkaufszeit bis 10 Uhr abends gestattet.

Für das Barbier- und Friseurgewerbe
ist die Beschäftigung am 1. und 2. Weihnachtsfeiertage nur bis
10 vormittags erlaubt.

Das Austragen und Ausfahren von frischer Milch
ist an sämtlichen Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr vormittags
mit der Maßgabe gestattet, daß auch die Zeit bis 10 Uhr von
den Austrägern und den Wagen noch zur Rückkehr von der
letzten Arbeitsstelle nach Hause oder nach dem Orte benutzt
werden darf, an welchem die gottesdienstliche Ruhepause un-
tätig zugebracht werden soll.

Die photographischen Anstalten
dürfen an den vier letzten Sonntagen vor Weihnachten auch
nach 2 Uhr nachmittags für den geschäftlichen Verkehr ge-
öffnet bleiben.

Kamen, den 23. November 1907.

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

Holz-Verkauf.

**Montag, den 2. Dezember,
morgens 10 Uhr,**

werden im **Fohlenpieß** verkauft:

60 Eichen, 30—80 cm Durchm.

50 " 14—20 " "

7 Buchen, 20—40 " "

25 Birken, 14—35 " "

50 rm Reiserstangen.

Haus Neck, 25. November 1907.

Rommewinkel.

Friedr. Frieling

Fernsprecher 31. Kamen Nordstr. 31—32.

Beste u. billigste Bezugsquelle
für

Oefen

aller bewährten Systeme.

Größtes Lager am Platze.

Meine Preise sind die billigsten.

Überzeugen Sie sich bitte durch Besichtigung
meiner Lager ohne Kaufzwang. 1296

Frachtfreie Lieferung u. Aufstellen kostenlos.

Kisten

jeder Art, größte bis kleinste Sorten, fertig und in
Teilen, Massenartikel, Flaschenkisten, Trockenrahmen,
Holzwolle etc. empfiehlt allerbilligst **C. J. Becker,**
Köln-Rippes, Dampfzäge u. Kistenfabrik. 11 612

Enschieden liberale Männer von Kamen, Overberge, Bergkamen etc.

Sonntag den 1. Dezember, nachm. 4 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

in der Gastwirtschaft **Rieder**, am Markt 6.

Tages-Ordnung:

1. Die augenblickliche politische Situation und die Not-
wendigkeit der politischen Organisation. Referenten:
Oberlehrer **Trommer**, **Hamm**, Parteisekretär **Pörsch-**
Düsseldorf.

2. Verschiedenes.

Alle freisinnig, liberal-demokratischen Männer sind zu dieser
Versammlung höflichst eingeladen. 11271

Der Einberufer.

Am Sonntag dem 1. Dezbr. cr.,

findet im **Schützenhof** (Wilh. Reinhard) ein

Volksunterhaltungsabend

statt.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Zum Eintritt berechtigt ein Programm das bei
den Herren **Felting**, **Meyer**, **Holtmann** und
Matthia, sowie an der Kasse zum Preise von 25 J
zu haben ist. 13662

Kinder haben keinen Zutritt.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter)

Gegründet 1854.

Alle Ueberschüsse gehören den Versicherten.
Versicherungsbestand 800 Millionen Mark.
Unverfallbarkeit **Unanfechtbarkeit**

Weltpolice

Dividende für die Versicherten nach 3 Arten. Darunter
steigende Dividende nach vollständigem System
(Rentensystem). Je nach der Versicherungsdauer
Dividendensteigerung bis auf
100 % der Prämie und mehr.

Die Bank steht mit dem „Westfälischen Bauern-Verein“ im Vertrags-Verhältnis.
Auskünfte erteilt: **Rendant Wilh. Schenkman.** 1372

Schulte-Oestrich & Hilgenstock Nachf.,

Inhaber: **Peter Gross.**

CAMEN, Nordenmauer 37

Baumaterialien-Handlung, Steinhauerei,

Lager in:

Flur- u. Wandplatten, Ton- u. Zementröhren, Treppen-
stufen, Krippen, Spül- und Schleifsteinen,
Zement, Gips, Schwemmsteinen, feuerfesten Steinen etc.

..... **Weiss- und Wasserkalk.**

Ausführung von: **Marmor-, Terrazzo-,**
Zementbeton- u. Asphalt-Arbeiten jeder Art.

Spezialität: **Grab-Denkmal**

in **Marmor, Syenit u. Sandstein.** 227

Große Auswahl in Porzellan- und Glaswaren,

als
Kaffee- u. Thee-Service,
Fleisch- und Gemüse-
schüsseln,
Bier- und Likör-Service
etc. etc.

vorrätig bei

J. Brombach, Kamen.



Nissige Gesichtshaut Herba-Seife.

ist sammetweich, geschmeidig
und jugendlich durch
Overmeyer's
zu haben in allen Apoth., Drog. u. Parf. pro St. 50 J. u. 1 M.



**Fleischhackmaschinen
und deren Ersatzteile**
billigst bei
Fr. Frieling,
1297 **Kamen.**

Kaufhaus für Lebensmittel

Johanna Glaesser
Weststrasse 49. — Fernsp. 114.

Freitag eintreffend:

Reh-Rücken
Reh-Keulen
Blutfrische Hasen
Masthähnchen
Suppenhühner.

Brillanten

blendend schönen **Teint**, weisse,
sammetweiche **Haut**, ein zartes, reines
Gesicht und rosiges, jugendfrisches
Aussehen erhält man bei täglichem
Gebrauch der echten

Stecknadel-Lilienmilch-Seife
v. **Bergmann & Co.**, **Nadelen**
mit **Schmuck**: **Stecknadeln**,
a St. 50 Pf. bei: **W. Felting**, so-
wie bei **Heinr. Jacobi.** 164

Petroleum- Heizöfen

bestes Fabrikat,
absolut geruchlos,
mit u. ohne **Cylinder**,
empfiehlt billigt 1298

Kamen.
Fr. Frieling.

Geld Darl., 5% Zins., Ratenrückz.
Selbstg. **Diessner**, Berlin 112
Belle Alliancestr. 71. Rückporto. 1312

**Einen Heberzieher
und zwei Anzüge**
billig zu verkaufen.
Frau Pittelkau,
Kamen, Moonsstraße 6.

Automobilführer. Technikum Dortmund

Westerbleichstr. 28.
Wer zur Aufbesserung seiner
Erfahrung den Chauffeurberuf er-
greifen will, wird selbst ohne
Vervorstellung zum gutbezahlten
Chauffeur herangebildet. Erst-
klassig. Übungs- und Lehr-
material. Tages und Abend-
kurse. Prospekte frei. 1356

**2 beff. möbl.
Zimmer**
zu vermieten. 1357
Weststraße 43.

Wer baut m 3782
verlange gratis Katalog über
Haustüren, Zimmerthüren,
Fenster, Baubeschlüsse,
schmiedeeiserne Thore,
Gitter etc. von
Zippmann & Furthmann & Co.
Düsseldorf.

Die Beleidigung

die ich gegen den **Bergmann**
W. Droste von der Gemeinde-
ratswahl ausgesprochen habe,
nehme ich hiermit als unwahr
zurück.

Friedr. Hacheneier,
1358 **Westf.**

Krieger- und Landwehr-Verein Methler.

2. außerordentliche
General-Versammlung
am Sonntag dem 1. Dez.,
nachm. 4 1/2 Uhr,
im Saale des Kameraden
Stolltefuß.

Tages-Ordnung:
1. Zahlung der rückständigen
Beiträge.
2. Lokalfrage.
3. Beratung über Kaisers
Geburtstag.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen
wird gebeten, da Punkt 2 der
Tagesordnung nach § 27, Ab-
satz 2, der Satzungen erledigt
wird.

1374 **Der Vorstand.**

Turn- Verein „Kaiserkrone“ zu Kamen.

Sonntag den 1. Dez. cr.,
nachmittags 4 Uhr:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung
wird im Vereinslokale bekannt
gemacht.
Um pünktliches Erscheinen
erzucht
1376 **Der Vorstand.**

Freibier.

Krankenkasse Vereinigte Gesellenlade.

Sonabend den 30. Nov.,
abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn **Fr. Jordan:**
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vorstandswahl.
2. Wahl der Revisoren.
3. Verschiedenes.
1370 **Der Vorstand.**

Zwangsversteigerung.

Freitag den 29. d. Mts.,
vormittags 11 Uhr,
versteigere ich beim **Herrn**
Burgemeister in Werne:
2 ungefähr 10 Mo-
nate alte Schweine
öffentlich meistbietend gegen
Barzahlung.

Kamen, den 27. Nov. 1907.
Falley,
Gerichtsvollzieher.

Käufer oder Teilhaber

rasch und verschwiegen durch
Albert Müller, Köln, Hohestr., Stoll-
2. Stock, Kapitalisten mit jedem Ka-
pital vorhanden. Besuche und Rück-
sprachen kostenfrei. — Kein Inzerenten-
unternehmen. — Zahlreiche Erfolge u.
Anerkennungen. — Büros in Leipzig,
München, Karlsruhe, Stuttgart, Köln,
Hannover, Breslau, Berlin u. s. w.
Druck u. Verlag von **C. Mau** in Hörde

Kammer Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Inzerions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfg., die Reklame-Zeile oder deren Raum 35 Pfg.

Volksfreund für Frauen und Jugend

Expedition von J. Brombach in Bremen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Nr. 143.

Donnerstag den 28. November 1907.

35. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Reichstag.

Nachdem in der Montag-Sitzung der Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung zweier Stiftungen aus dem Vermögen, welches dem Reiche aus dem Nachlasse des Malers Gustav Müller zugefallen ist, in erster und zweiter Beratung erledigt war, folgte die Interpellation, betreffend

die Teuerung der Lebensmittel- und Kohlenpreise.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Scheidemann (Soz.)

begründet die Interpellation. Durch die Krise, die seit einem Jahre in der Industrie eingetreten sei, hätten zahlreiche kleinere Geschäftsleute, Handwerker und Arbeiter leiden müssen, dazu trete eine allgemeine Verteuerung der Lebensmittel, deren durchschnittliche Steigerung seit den letzten zehn Jahren 33 1/3 Prozent betrage. Insbesondere für Fleisch, mit Ausnahme des Schweinefleisches, seien die Preise in neuerer Zeit wieder gewaltig gestiegen. Auch alle Haushaltsartikel seien enorm in die Höhe gegangen. Die Agrarpolitik sei mit der Grenzsperr für Vieh und die beschränkte Öffnung der Grenzen für ausländische Arbeiter, die die Lohnverhältnisse drückten, geradezu verbrochen vorgegangen. Es handle sich in der Agrarpolitik um eine systematische Ausbeutung des deutschen Volkes zugunsten der Großgrundbesitzer. Während der Einfuhrzoll ungeheuer hoch sei, werde wegen der hohen Exportprämien das heimische Getreide in großen Mengen nach Ausland ausgeführt; dadurch würden fortgesetzt Preissteigerungen im Inlande bedingt. In den wichtigsten Lebensmitteln werde von den Leuten, die auf der rechten Seite des Hauses stehen, ein Wucher getrieben. Durch die Verteuerung des Brotes würden namentlich kinderreiche Familien getroffen. Wenn ausgeführt werde, die Lohnverhältnisse z. B. für die Maurer seien exorbitant hoch, so sei dies keineswegs der Fall. Andererseits gäbe es Kategorien von Notleidenden, z. B. Unterbeamte. Weiter wünscht Redner die Ermäßigung der Gebühren auf Lebensmittel, wenn die Regierungen und der Reichstag die Interessen des Volkes wahren wollen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg

führt aus: Die Reichsverwaltung hat die Entwicklung der Getreidepreise aufmerksam verfolgt und beurteilt die Gesamtlage wesentlich unter folgenden Gesichtspunkten: Unsere Industrie stand in den letzten Jahren unter dem Einflusse einer besonderen Lebhaftigkeit und der größten Anspannung, teilweise einer Ueberanstrengung. Die natürliche Volksvermehrung reichte nicht für den Bedarf der Industrie aus, daher mußten ausländische Arbeiter herangezogen werden, nicht um die Löhne zu drücken, sondern um den Bedarf zu befriedigen. Infolgedessen stiegen die Löhne. Mit dieser Steigerung trat auch ein steigender Verbrauch an Lebensmitteln ein. Die breitesten Schichten der Bevölkerung hatten auch die Möglichkeit, ihre Lebenshaltung zu verbessern. (Lebh. Zustimmung.) Von diesen Verhältnissen hat auch unsere Landwirtschaft insoweit Vorteile, als sich ihre Kaufkraft wesentlich erhöhte. Die Tatsachen beweisen, daß gegenwärtig die heimische Landwirtschaft einer der festen Auftraggeber für Industrie und Handel geworden ist. Die Produktivität wurde leider behindert durch die mangelnden Arbeitskräfte. Die Prosperität der deutschen Landwirtschaft wurde entschieden geschädigt, insbesondere wuchsen die Gesteuungskosten an. Durch diese Verhältnisse ist es erklärlich, daß die Lebensmittel und Getreidepreise wesentlich gestiegen sind. Dann kommen noch internationale Faktoren hinzu. Die Weltmarkte ist keine befriedigende, im Auslande ist die prozentuale Steigerung der Getreidepreise bedeutend höher als bei uns. Kritisch kann man den jetzigen Zustand für unser Volk nicht nennen. Daß das Leben im allgemeinen teurer geworden ist, darüber sind wir alle einig. Es handelt sich nicht um eine systematische Ausplünderung der Massen zugunsten der Großgrundbesitzer. Unsere Wirtschaftspolitik hat den Zweck, die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Industrie und der Landwirtschaft stabiler zu gestalten. Das ist uns gelungen. Daran werden wir festhalten. (Lebh. Beifall.) Die Lebensmittelpreise werden wieder zurückgehen. Jedenfalls würden die vom Interpellanten vorgeschlagenen Maßnahmen die wirtschaftliche Lage auf das ernste gefährden. Wenn wir gegenwärtig den Höhepunkt der industriellen Konjunktur überschritten haben, dann müssen wir auch mit dem Rückgang der ausländischen Bestellungen rechnen. In einem solchen Moment müssen wir aber die Stärkung und Aufrechterhaltung des Inlandsmarktes anstreben. (Sehr richtig! rechts.) Die Suspension der Getreidezölle wäre außerdem ein höchst ungeeignetes Mittel zur Abhilfe und würde nur dem Zwischenhandel und der Spekulation zugute kommen. Sie würde Zweck haben, wenn es sich um eine gute Weltmarkte handelte, sonst aber würde das gesamte Wirtschaftsleben dauernden Schaden erleiden. (Lebh. Beifall.)

Abg. Börsch (Bund der Landwirte)

erklärt: Er wäre gern zu Maßnahmen bereit, die eine Abänderung der gegenwärtigen Zustände bringen könnten. Jetzt sei aber keine Aussicht auf Erfolg. Die Tatsache, daß die Verhältnisse durch die Spekulation verschärft werden, sei auch von liberalen Blättern anerkannt. Es sei in keiner Weise berechtigt, zu glauben, daß die Beseitigung der Zölle eine Abänderung herbeiführen würde. Sie würde nur das ganze Land beunruhigen. Die hohen Zölle brächten nicht einen einzelnen Klasse der Bevölkerung Nutzen, sondern dem ganzen Volke und gerade die Konservativen nähmen sich der Interessen des ganzen Volkes an und würden fortfahren, darin zu arbeiten, daß die günstigen Auswärtigen fortwähren. (Beifall rechts, Bischen bei den Sozialdemokraten.) — Abg. Wöhring (fr. Vp.) glaubt, daß nicht

die Zollpolitik allein die Ursache der hohen Lebensmittelpreise sei, sondern die gesamte Wirtschaftskrise. Diese werde hoffentlich nicht die Dimensionen annehmen, die vielfach prophezeit werden. Zur Beseitigung des Arbeitermangels empfehle er die Ansiedlungspolitik. — Abg. Goeffel (Rp.) erkennt auch die Teuerung an, die weite Kreise des Volkes empfindlich treffe. Er sei bereit, falls sich Abhilfsmittel finden ließen, diese anzuwenden. Die Politik der Regierungen sei eine volkserhaltende. Dieser Politik würde auch seine Partei treu bleiben. (Beifall.)

Abg. Paasche (natl.):

Wir haben seinerzeit mit voller Ueberzeugung die Wirtschaftspolitik, die zum Zolltarif geführt hat, mitgemacht und wir sind nicht gewillt, vorübergehender Erscheinungen wegen den Zolltarif, die Grundlage unserer Wirtschaftspolitik, zu ändern. (Beifall rechts.) Ich halte die ganze Getreidesteuerung, die allerdings außerordentlich empfindlich für alle Teile der Bevölkerung ist, für eine vorübergehende Erscheinung. Es wäre aber recht zweifelhaft, ob eine Suspension der Zölle auf Lebensmittel dahin führen würde, daß wirklich eine Verbilligung der Preise eintritt. Die Folge wäre ein Rückgang der Einnahmen des Reiches, und das deutsche Reich wäre in seiner heutigen Finanznot leider Gottes auf diese Zölle und Lebensmittel recht intensiv angewiesen. Es würden auch die 53 Millionen für die Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter in Frage gestellt werden, wenn wir dem Vorschlage des Abgeordneten Scheidemann entsprechen, welcher die Zölle auf Lebensmittel aufheben würde. Es handelt sich also, wie gesagt, um eine vorübergehende Preissteigerung, die der deutschen Landwirtschaft selbst nicht mehr erwünscht ist und die bedingt ist durch Verhältnisse, die außerhalb des deutschen Wirtschaftsgebietes liegen, auf die wir selber einen wesentlichen Einfluß nicht haben. Wir haben in diesem Jahre nicht bloß in Deutschland, sondern fast in allen Ländern Europas eine solche verfehlte Ernte gehabt. Unsere eigene Ernte ist zwar verhältnismäßig nicht schlecht. In Ostpreußen allerdings hat man sie und da kaum die Aussaat wieder gewonnen. Es besteht eine schwere, drückende Not für den Groß- und Kleinbauern. In anderen Teilen dagegen war die Ernte leidlich gut, zum Teil gut. Sobald das Getreide Argentiniens anfängt, im Frühjahr an den Markt zu kommen, wird es seinen Druck auf die Preise ausüben und dazu beitragen, daß die jetzt ungewöhnlich hochgeschraubten Preise bald wieder mäßigeren Preisen weichen. Argentinien offerierte vor kurzem Weizen mit 195, jetzt aber schon mit 177. Nicht nur die Getreidepreise, sondern alle Lebensmittelpreise sind gestiegen, aber nicht durch die Schuld der Raubritter oder der Räuberbanden, sondern durch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Steigerung der Löhne trägt dazu bei, daß viele Gegenstände nicht mehr zu billigen Preisen verkauft werden können. (Sehr richtig.) Wir freuen uns über die Steigerung der Löhne und die Steigerung der Kaufkraft des Volkes. Danach kann von einer Notlage der Arbeiter nicht die Rede sein. Auf die Warenpreise wirken vielfach auch die Preise der Wohnungen. Die Wohnungspreise sind aber nicht durch die Wirtschaftspolitik bedingt. Die Viehpreise sind zurückgegangen, ohne daß die Fleischpreise ihnen gefolgt sind. Die Industrie ist an einem Wendepunkt. Zwar sind die Großindustriellen noch bis zu fünf Monaten mit Aufträgen bedacht, aber es sind weniger Aufträge vom Ausland als vom Inlande vorhanden, so daß der inländische Markt die feste Stütze unserer Industrie ist und der schwere Rückschlag vermieden wird, weil unserer Landwirtschaft es ausnahmsweise gut geht. Mühte dagegen die Industrie Arbeiter mit ihren Vorschlägen die Arbeiterschaft mehr geschadet als genutzt. Wir werden über die Teuerung hinwegkommen. Die Industrie wird die schwere Zeit überwinden und die gesamte Bevölkerung wird Vorteil haben. (Beifall.)

Abg. Herold (Ztr.) führt aus: Die Preischwankungen seien immer vorgekommen und in den früheren Jahren seien bei schlechteren Ertragsverhältnissen höhere Getreidepreise gewesen. Mit der Aufhebung der Getreidezölle werde der Zweck, die Preise herabzusetzen, nicht erreicht. — Abg. Böhm (wirtsch. Vg.) erklärt: Seine Partei treibe eine Schutzpolitik, nicht den Großgrundbesitzern zu Liebe, sondern in der Ueberzeugung, daß dies im Interesse des Bauernstandes liege. — Abg. Naumann (fr. Vg.) sagt: Wir stehen am Anfang einer niedergehenden Konjunktur, und da ist die bestehende Teuerung um so bedenklicher. Eine solche Krise habe aber zur Folge: den Untergang des arbeitsfähigen Menschenmaterials. Das Verdrängen männlicher Arbeiter durch gering bezahlte weibliche Arbeiter verändere die Lebensbedingungen ungünstig und durch den Verlust der Arbeit auf längere Zeit werde der Anschluß an die Arbeitsfähigkeit verloren. Die Frage der Volksernährung ist auch eine militärische Frage. Der Getreideverkehr im Inlande muß durch Nottarife erleichtert und jede Förderung der Ausfuhr beseitigt werden. Naumann schließt: Hebe man die Zölle auf, bis die größte Noth vorüber ist; im übrigen schaffe man ein anderes Zollsystem. Dann werden wir die Teuerung und Krisis am besten überwinden. (Beifall.)

Darauf wird ein Antrag auf Vertagung angenommen.

Das neue Vereinsgesetz.

Der mit Spannung erwartete Entwurf eines Vereinsgesetzes ist im Reichstage zur Ausgabe gelangt. Er bestimmt in den Hauptpunkten:

§ 1. Alle Reichsangehörige haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich zu versammeln.

§ 2. Jeder Verein, der eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bestrebt, muß einen Vorstand und eine Sakuna ha-

ben. Der Vorstand ist verpflichtet, binnen einer Woche nach Gründung des Vereins die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen. Ebenso ist jede Aenderung der Satzung sowie jede Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes binnen einer Woche nach dem Eintritte der Aenderung anzuzeigen. Die Satzung sowie die Aenderungen sind in deutscher Fassung einzureichen.

§ 3. Wer eine öffentliche Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten veranstalten will, hat hiervon mindestens 24 Stunden vor dem Beginne der Versammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten. Für Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betrieb der Wahlen zu politischen Körperschaften beträgt die Anzeigefrist mindestens 12 Stunden. Der Landeszentralbehörde bleibt es überlassen, zu bestimmen, ob und unter welchen Voraussetzungen es einer Anzeige nicht bedarf für Versammlungen, die unter Innerehaltung der im ersten Satze bezeichneten Fristen öffentlich bekannt gemacht sind. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel bedürfen der Genehmigung der Polizeibehörde. Die Genehmigung ist schriftlich zu erteilen, daselbst gilt von Aufzügen. Die Genehmigung muß 48 Stunden vorher nachgesucht werden und darf nur verweigert werden, wenn aus der Abhaltung der Versammlung oder der Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu befürchten ist.

§ 5. Jede Versammlung muß einen Leiter haben, der für Ruhe und Ordnung in der Versammlung zu sorgen hat. Er ist befugt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

§ 7. Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Ausnahmen sind mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zulässig.

§ 8. Die Polizeibehörde ist befugt, in jede Versammlung zwei Beauftragte zu senden.

§ 9. Diese Beauftragten sind befugt, vom Leiter der Versammlung unter Angabe des Grundes die Auflösung der Versammlung zu verlangen, 1. wenn die Genehmigung nicht erteilt ist, 2. wenn die Zulassung des Beauftragten der Polizeibehörde verweigert wird, 3. wenn Beauftragte aus der Versammlung nicht entfernt werden, 4. wenn Rednern, deren Ausführungen den Tatbestand eines Verbrechens oder eines nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehens enthalten oder die sich verbotswidrig einer nichtdeutschen Sprache bedienen, auf Aufforderung der Beauftragten der Polizeibehörde vom Leiter das Wort nicht entzogen wird. Wird dem Verlangen nicht entsprochen, so sind die Beauftragten der Polizeibehörde befugt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

§ 11 enthält die Strafbestimmungen (Geldstrafe bis zu 600 Mark oder Haft).

§ 14. An die Stelle des § 72 des Bürgerlichen Gesetzbuchs tritt folgende Vorschrift:

Der Vorstand hat dem Amtsgericht auf dessen Verlangen jederzeit eine von ihm vollzogene Bescheinigung über die Zahl der Vereinsmitglieder einzureichen.

Ein Geheimlager der russischen Sozialdemokraten in Berlin.

Der Berliner Polizei ist es gelungen, ein reichhaltiges Waffen- und Schriftenlager zu entdecken, das nach allem Anschein von russischen Sozialrevolutionären in Berlin unterhalten wurde. Das Lager befand sich im Hause Panstraße 32e des sozialdemokratischen Stadtverordneten Kerfin.

Im Anschluß an die kürzlich vorgenommene Untersuchung des Falles Mirski, in dem ein doppelter Koffer eine Rolle spielte, hatte die Berliner Polizei Nachricht davon erhalten, daß auf dem Geheimebrunnen in der Panstraße russische Terroristen verkehrten. Ihre Beobachtungen ergaben, daß im Hause Panstraße 32e, dessen Besitzer der Restaurateur Emil Kerfin ist, außerordentlich viel Aufsehen ein und aus gingen. Gestern früh entdeckte die Polizei im Erdgeschoß des Hinterhauses ein großes Geheimlager der russischen Sozialrevolutionäre. Zwei unbewohnte Zimmer, deren Tür direkt auf den Flur mündete und durch ein großes Vorlegeischloß verschlossen war, waren vollgestopft mit terroristischer Literatur und Flugdrucken. Besonders auffallend waren aber zwei schwere Kisten, deren Inhalt aus 15 schweren Parabellumpistolen nebst Ersatzteilen, 3000 Spitzhohlgeschossen und einem elektrischen Motor bestand, der dazu dienen sollte, elektrische Fernzünder zur Sprengung von Häusern und Brücken in Bewegung zu setzen. Außerdem fand man zwei hemdenähnliche Tragbänder, in die Taschen eingenäht waren, deren Inhalt aus revolutionären russischen Schriften bestand, die aber auch zum Waffenschmuggel benutzt werden können. Das ganze Lager füllte zwei Möbelwagen. Die Patronen sind vom 30. September 1907 datiert und stammen ebenso wie die Pistolen wahrscheinlich aus Karlsruhe. Der Raum, in dem sich das Lager befand, war ein angeblich leeres Zimmer im Dachbalken des Quergebäudes. Es ließ sich von einer Seite, in der sich auch eine verschlossene Tür befand, an das Hinterzimmer des Emil Kerfinschen Lokales an, nach dem Hausflur zu war es durch eine Doppeltür verschlossen. Das ganze Haus ist eine der großen Mietkasernen im Norden unweit der Kreuzung der Böttcherstraße, in der Nähe des Amtsgerichts Wedding.

Der Besitzer des Hauses Panstraße 32e, Emil Kerfin, erklärte, daß er nicht wisse, wie die Waffen, Patronen und Denkschriften in sein Haus gekommen seien. Er habe den betreffenden Raum, ein großes vierediges Zimmer, am 1. Juni 1904 an einen gewissen Franz Warkowski vermietet, seitdem habe Warkowski diesen Raum

als Wohnung und zur Aufstellung von allerhand Waren und Schriften, die er in seiner Eigenschaft als Expediteur der Konsum-Genossenschaft Groß-Berlin mitbrachte, benutzt. Die Schriften habe er als Expediteur des Vorwärts dort untergebracht. Der Expediteur Warschowski behauptet jedoch im Gegenzug zu der vorstehenden Erklärung Keffins, daß er den Raum, in dem das Waffenlager gefunden wurde, schon seit 1 1/2 Jahren nicht mehr benutze und ferner auch keine Miete für ihn bezahlt habe.

Deutschland.

— Der Kaiser pflanzte im Park von Sighelisse eine Eiche und begab sich später mit Gefolge in Automobilen nach Wilbon, um bei Lord Bombale das Frühstück einzunehmen und die berühmte Gemäldegalerie zu besichtigen, die schon von der Kaiserin Friedrich besucht wurde.

— Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes betr. Abänderung des § 63 des Handelsgesetzbuches zugegangen. Der § 63 des Handelsgesetzbuches wird folgenden Inhalt haben: Wird der Handlungsgehilfe durch unverschuldetes Unglück an der Verrichtung seines Dienstes verhindert, so behält er seinen Anspruch auf Gehalt und Unterhalt, jedoch nicht über die Dauer von 6 Wochen.

— (Gegen Hohenau und Dymar.) Die Untersuchung gegen den Generalleutnant z. D. Grafen Hohenau wird vom Kriegsgerichtsrat Grünwald im Geschäftszimmer der 1. Gardebataillon Potsdam geführt. Auch Herr Maximilian Harden ist als Beuge geladen, um das Material, das ihm gegen den genannten Grafen zugegangen ist, zur Verfügung zu stellen. Die Untersuchung wird auch gegen den Major a. D. Dymar geführt. Das unerhörte Treiben in der Alervilla, die Graf Dymar seinerzeit in Potsdam bewohnte, wird vermutlich den Hauptgegenstand der Untersuchung bilden.

Ausland.

Belgien.

— Der neue Skandal im belgischen Königshaus wird jetzt abgeklung. Wie der „Frank. Kurier“ mitteilt, ist das Gerücht über die bevorstehende Trennung des belgischen Prinzenpaars Albert nach Erfindung an zuständiger Stelle falsch. Die Prinzessin sei nach einer Entbindung schwer an den inneren Organen erkrankt, worunter ihr subjektives Befinden stark gelitten habe. Der Zustand sei jetzt in langsame Besserung. Sie weilt gegenwärtig in Bad Kreuth bei ihren Eltern, wo auch ihr Gemahl ist.

Portugal.

— Ein Dekret des Königs ordnet an, daß alle politischen Vergehen nach dem summarischen Verfahren beurteilt werden können, das für anarchistische Verbrechen vorgehoben ist. Sie werden einem besonderen Gerichtshof überwiesen. Der zum Präsidenten dieses Sondergerichtshofs ausersehene Bischof von Unterjuchungsrichter hat seinen Abschied eingereicht.

Marokko.

— (Neue Kämpfe in Marokko.) Die Sicherheit im marokkanischen Gebiet reicht nicht weiter, als die Geschütze der französischen Kreuzer tragen. Streifabteilungen, die sich ins Innere begaben, sind fast regelmäßig heftigen und meist auch erfolgreichen Angriffen von Eingeborenen ausgesetzt. Es liegt über ein hartnäckiges Aufklärungsgefecht nachstehendes Telegramm aus französischer Quelle vor: Eine von Portjeh abgegangene Reconnoissance-Abteilung ist in den Schluchten am Fluß Riß von einer großen Zahl Marokkaner angegriffen worden. Der Kampf dauerte von 8 Uhr morgens bis mittags. Auf Seite der Franzosen wurden sechs Mann verwundet. Die Marokkaner zogen sich schließlich zurück. Die französischen Truppen besetzten den Platz und nahmen viel Vieh weg.

Kolonien.

— Das gegen die Eingeborenen in Ostafrika geübte Strafsystem hat Staatssekretär Dernburg bei seinem Aufenthalt in der Kolonie persönlich studiert. In einem Bericht der „Mambara-Post“ heißt es: In Tanga begab sich Dernburg zur Boma, wo er in der Schaurihalle einen Einblick in das Strafbuch über die verhängten Prügelstrafen tat. Darauf ließ er sich nach der Askari-Boma führen, um selbst einmal einer Vollziehung der Prügelstrafe in unserer Kolonie beizuwohnen. Vor seinen Augen wurde den neuen Vorschriften gemäß an mehreren zur Prügelstrafe Verurteilten die Strafe vollstreckt. Die Prozedur spielte sich in der üblichen Weise ab. Der Staatssekretär überzeugte sich dann persönlich von der Wirkung der Hiebe und konstatierte, daß zwei der Bestrafen auf ihrem Gefäß zwei leichte Striemen hatten, die aber beim Darüberstreichen wieder verschwanden, da es nur Staubstreifen, von den schmutzigen Kleiderlappen herrührend (!) zu sein schienen. (Die Erzählung sieht doch sehr nach Rommle aus.)

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 28. Nov. (Knappschafts-Angelegenheit.) Der Vorstand des Allgemeinen Knappschaftsvereins macht folgendes bekannt: Alle Mitglieder, welche am 1. Januar 1908 noch nicht der ständigen Klasse angehören, müssen nach den an diesem Tage in Kraft tretenden neuen Knappschaftsstatuten den Nachweis erbringen, ob sie in die Pensionsklasse als vollberechtigte Mitglieder aufgenommen werden können oder nicht. In erster Linie muß das Lebensalter durch ein amtliches Geburtsattest nachgewiesen werden. Wir fordern daher alle unständigen Mitglieder und alle künftig beitragspflichtigen Beamten mit einem Einkommen von weniger als 2000 Mark jährlich — gleichgültig ob sie 80 Bg. oder 40 Bg. wöchentlich zur Pensionsklasse zahlen oder überhaupt keine Pensionsklassenbeiträge entrichten — hiermit auf, sich schon jetzt die notwendigen Geburtsausweise zu beschaffen, damit sie auf Erfordern der Bechenverwaltung sofort vorgelegt werden können. Personen, welche es unterlassen, die Geburtsausweise rechtzeitig vorzulegen, müssen gleichwohl nach § 172 des Vergesetzes die vollen Beiträge zur Pensionsklasse zahlen. Sie können diese Beiträge aber nicht zurückverlangen, wenn sich aus dem später vorgelegten Geburtsausweis ergibt, daß sie der Pensionsklasse nicht angehören können und deshalb Beiträge nicht zu zahlen brauchen. Ebenso haben diejenigen Mitglieder, welche wegen der verzögerten Vorlegung des Geburtsattestes verspätet in die Pensionsklasse aufgenommen werden, für die bis zur verspäteten Aufnahme geleisteten Beiträge nicht die geringste Antworthaft an die Pensionskasse. Wir empfehlen also den Mitgliedern, in ihrem eigenen Interesse, sich sofort um die Erlangung der Geburtsausweise zu bemühen und machen dabei darauf aufmerksam, daß die Geburtsatteste von den inländischen Kirchlichen und weltlichen Behörden unentgeltlich auszustellen sind,

wenn sie von den Mitgliedern ausdrücklich für knappschaftliche Zwecke verlangt werden.

2. Hamm, 26. Nov. (Ueberfahren.) Auf der Station Rangel wurde der Schaffner Trappmann aus Hamm beim Rangieren des Zuges Wanne-Gamm überfahren und sofort getötet. Trappmann hinterläßt Frau und Kinder.

2. Dortmund, 26. Nov. (Verschiedenes.) In Sachen Kur-schuk hatte das Oberlandesgericht am Sonnabend eine Sitzung, in der eine endgültige Entscheidung nicht getroffen wurde. Es wurde aber beschlossen, im Laufe der Woche im hiesigen Landgerichtsgebäude über die vom Verteidiger vorgebrachten Beschwerdepunkte zu beraten, wobei die vom Verteidiger zu vernehmen, von dem der Verteidiger angegeben hat, daß er in dem Verhandlungstermin eine auf den Geisteszustand des Kurtschuk bezügliche Frage falsch verstanden und beantwortet habe. Nach Anhörung des Gutachtens soll dann ein Beschluß gefaßt werden.

Gestern morgen kam es während des Aufenthaltes eines nach Antwerpen fahrenden Personenzuges auf dem hiesigen Hauptbahnhofe zu einem Streit unter Galiziern, wobei der 60jährige Landarbeiter Michaelo Marczul seinem 19jährigen Landsmann Josef Malyk mit einem Rasiermesser die linke Halsseite durchschnitt. Der lebensgefährlich Verwundete kam ins Krankenhaus. Der Täter ist verhaftet.

Wegen verachteten Straßenraubs wurde der Bergmann Karl Schmitz aus Schanze bei Hörde zu einer Zuchthausstrafe von 2 1/2 Jahren verurteilt. Schmitz hat den Bergmann Zimmermann auf dem Viehmarkt zu Boden geschlagen und seine Taschen erfolglos nach Bargeldern untersucht. Außerdem wurde auf 5 Jahre Ehrverlust erkannt.

2. Künden (Ruhr), 26. Nov. (Todessturz.) Auf Zedde Badermühle stürzte der Steiger Heinrich Schulze 50 Meter tief in den Schacht. Er war sofort tot. Sch. war 32 Jahre alt und hinterläßt Frau und drei Kinder.

2. Gelsenkirchen, 26. Nov. Tot aufgefunden wurde in seiner Wohnung der Bergmann Josef Choina. Er ist an Alkoholvergiftung gestorben.

2. Sattingen, 26. Nov. (Entschädigung für einen Eisenbahnunfall.) Vor etwa drei Jahren fuhr der Kaufmann Heinrich Wegand von hier in einem Eisenbahnzuge, der bei seiner Einfahrt in dem Herbarher Bahnhof auf eine Lokomotive stieß. W. wurde durch den Zusammenstoß, durch den nur eine ganz geringe Sachschädigung verursacht wurde, so bekräftigt, daß er aus dem Zuge sprang und einen Nervenschlag erlitt, durch den er an der vollen Ausübung seiner bisherigen Tätigkeit behindert ist. Nachdem das Landgericht den Klageanspruch des Herrn W. dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt hat, hat die Eisenbahn ihm eine einmalige Abfindungssumme von 100 000 Mark gewährt, die Samstag in Essen zur Auszahlung kam.

2. Winterberg, 26. Nov. Im Sauerlande herrschte seit einigen Tagen außerordentliche Kälte. In der Nacht zum Sonntag i stinn Schneefall, der erste in diesem Winter, einsetzte. Da die Kälte fast unverändert anhält und der Schnee auf hartgefrorenen Boden gefallen ist, so dürfte er von Bestand und Dauer sein.

Arnsberg, 26. Nov. (Zur Teilung des Regierungsbezirks Arnsberg.) In der letzten Arnsberger Stadtverordnetenversammlung ließ sich Regierungspräsident v. Schwerin die Mitglieder des Magistrats und des Stadtverordnetenkollegiums vorstellen. Bürgermeister Böde ließ den Regierungspräsidenten in einer Ansprache willkommen, in der er u. a. auf die städtischen Anlagen, die hinter seiner Großstadt zurückzulegen brauchten, zu sprechen kam und ausführte, daß das Kollegium auch weiter bestrebt sein werde, solche im allgemeinen Interesse liegenden Bestrebungen zu fördern, wenn es nicht durch andere Verhältnisse gelähmt werde. Er habe damit die Frage der Teilung des Regierungsbezirks Arnsberg im Auge, die allerdings für Arnsberg eine Existenzfrage sei. In seiner Erwiderung führte bezüglich dieses Punktes der Regierungspräsident aus: „Der Bürgermeister hat jedoch auf die Frage angespielt, die über Ihren Säupten schwebt. Ueber den Gang dieser Frage in den Ministerien kann ich Ihnen nichts sagen. Als Regierungspräsident bin ich noch nicht in der Lage, in den wenigen Wochen meines Hierseins ein Gutachten über diese Frage abzugeben. Mein Wunsch als Mitbürger geht dahin, daß es Ihnen gelingen wird, diesen Schatz zu wahren. Es ist allerdings notwendig, daß Sie erkennen, was zum Fortschritt eines Gemeinwesens nötig ist, und daß sich die Stadt der Würde eines Regierungssitzes wert zeigt. Ich werde, soweit es an mir liegt, mitarbeiten an einer gefunden Entwicklung Ihres Gemeinwesens.“

Eine Kundgebung des Steigerverbandes.

„Effen, 26. Nov. Ein großer Teil der technischen Grubenbeamten, die unter Tage beschäftigt sind, hat seit einigen Monaten an einer Bewegung mittelbar und unmittelbar sich beteiligt, die eine Organisation solcher Beamten, im vorliegenden Falle der Steiger, erstrebt. Der neue Verband der Steiger, die im Ruhrgebiet eine Gruppe von mehreren tausend Grubenbeamten umfassen, zählt bereits ein Drittel der Steiger zu Mitgliedern. Zweifellos handelt es sich um ein neues Element, um einen neuen Abschnitt in der sozialen Bewegung der Gegenwart. Die Organisation greift vom Lohnarbeiter in das Beamtenum hinüber, vom Bergarbeiter zum Grubenbeamten. Der Steigerverband hat vor Monatsfrist durch eine Audienz beim Handelsminister und durch seine Beteiligung am christlich-sozialen Arbeiterkongress in Berlin die Aufmerksamkeit in der breitesten Öffentlichkeit gefunden. Sonntag veranstaltete der Verband hier im Essener Krügerheim eine Kundgebung, zu der alle Fraktionen des preussischen Abgeordnetenhauses geladen waren. Es erschienen im Auftrage der konservativen Fraktion der Abg. Landrat Schulze-Pelkum, im Auftrage des Zentrums Abg. Regierungsrat Dr. Fervers und für die freisinnige Volkspartei Abg. Rektor Kopsch. Außerdem waren anwesend die Abgeordneten Giesberts (Zentrum), Behrens (christlich-sozial) und Brüst (Zentrum). Nach einem längeren Bericht des Leiters des Verbandes, Werner, wurden in einer Eingabe an den preussischen Landtag Forderungen des § 74 des allgemeinen Vergesetzes über das Dienstverhältnis der Grubenbeamten gefordert; danach soll u. a. die Entziehung der Befähigung nur durch ein Disziplinargericht erfolgen und die Entlassung eines Grubenbeamten von der Zustimmung der Bergbehörde abhängig sein. Diese Angelegenheiten werden ja noch, ebenso wie in den Parlamenten, so auch in der Presse besprochen werden. In der Erörterung hatte sich nicht ein einziger der anwesenden Steiger zum Worte gemeldet, aus Furcht, wie der Vorsitzende erklärte, daß sie Schaden erleiden könnten. Dies gab dem Zentrumsabgeordneten Giesberts Anlaß, eine längere sozialpolitische Rede wie folgt zu schließen: „Es ist bedauerlich, daß die preussischen Staatsbeamten freier sind in der Betätigung ihrer Interessen, als die Beamten des Großkapitals. Daß diese nicht wagen zu sprechen, wie sie denken, ist das nicht beklagenswert? Daß muß aus freien deutschen Männern Sklaven machen, die nur nach oben schauen müssen, aus Rücksicht auf Frau und Kinder. Die Träger dieses Systems, Kirdorf und Genossen, mögen verantworten, was sie mit diesem System bewirkt haben, und überlegen, wofin dieses System führt. Dieses System muß heute oder morgen gebrochen werden, im guten oder im bösen. Wenn wir den Ruf nach persönlicher

Freiheit ins Land schallen lassen, dann wird dieser Ruf Widerhall finden im Vaterlande bei allen patriotischen Leuten.“ Giesberts sprach sich auch für ein Reichsberggesetz aus, soweit es das Arbeitsverhältnis betreffe. Der freisinnige Abgeordnete Kopsch stimmte dem Zentrumsabgeordneten Giesberts rückhaltlos zu.

2. Elberfeld, 26. Nov. Eine folgenschwere Explosion erfolgte am Samstagabend hier in einem photographischen Atelier an der Herzogstraße gelegentlich einer Blitzlichtaufnahme. Mit weit hin hörbarem Knall explodierte ein größeres Quantum Magnesium. Der Luftdruck war so stark, daß das Atelier zum Teil zerstört wurde. Eine Dame, die photographiert werden sollte, kam mit dem Schrecken davon, dagegen erlitt der Photographengehilfe Otto Hege-mann aus Barmen, der die Aufnahme machen wollte, so schwere Verletzungen, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

2. Duisburg, 26. Nov. (Entschädigungspflicht der Bahn.) Bei dem jüngsten Eisenbahnunglück unweit Duisburg war eine Frau Denninghoff-Hoffnungsthal getötet und der Kaufmann Oskar Paris schwer verletzt worden. Die Familie der getöteten Dame hat nunmehr an den Eisenbahnbahnhof eine Entschädigungsforderung von 200 000 Mark eingereicht. Der Kaufmann Oskar bezieht seinen monatlichen Verdienstausschlag auf 4800 Mark, welche Summe er während der Dauer der Erwerbsunfähigkeit monatlich von der Eisenbahnverwaltung verlangt. Da die Pariser Firma, für die Oskar reist, die Richtigkeit des Verdienstes bestätigt, wurde an Oskar bereits eine entsprechende Abschlagszahlung seitens der Eisenbahnverwaltung geleistet.

2. Duisburg, 26. Nov. Nach Beschäftigungen in Höhe von einer halben Million ist, dem „B. Z.“ zufolge, der Stadtverordnete und Obermeister der Fleischerinnung Johann Marx flüchtig geworden. Es ist das Gerücht verbreitet, daß er Selbstmord begangen habe. In Duisburg herrscht große Aufregung, da viele Fleischer durch die Unterschlagungen ruiniert sein sollen.

2. Mainz, 26. Nov. (Unglücksfall bei der Jagd.) Am letzten Samstag nahm der Generalmajor v. Dietlein, der Kommandeur der 50. Infanterie-Brigade, an einer Treibjagd bei Bodenheim teil. Bei einem Kesseltreiben erhielt er eine Schrotladung in die obere Gesichtshälfte. Der an der Jagd teilnehmende Stabsarzt Dr. Neumann stellte fest, daß ein Schrotkorn ins Auge gedrungen sei. Die Jagd wurde abgebrochen und der Generalmajor nach Mainz gebracht. Man hofft, das Auge erhalten zu können, doch ist der Zustand sehr ernst.

Aus aller Welt.

— Der ehemalige Prokurist und Direktor des Eisens und Hüttenwerks Thale, namens Bartsch, hatte sich vor der 4. Strafkammer des Berliner Landgerichts I, wegen fortgesetzten Betruges, wegen Untreue und Vernichtung einer Urkunde zu verantworten. Insgesamt soll er 213 000 M. unterschlagen haben. Der Angeklagte war Direktor der Hütten-Altkien-Gesellschaft Marienbütte und später mit 20 000 M. Mitangehöriger des Eisens- und Hüttenwerkes Thale. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 3 Jahren Gefängnis und zu 5 Jahre Ehrverlust.

— Ein Schnellzug in die Tiefe gestürzt. Auf der Strecke zwischen Barcelona und Valencia stürzte ein Schnellzug mit vielen Reisenden von einer Brücke in den Rincanas. — Spätere Meldung: Wie amtlich festgestellt wurde, sind bei dem Unfall 12 Personen getötet und 22 verletzt worden.

— Zum Ueberfall auf den Eiszug. In den in der Umgebung der Stadt Gampes liegenden Wäldern wurden von der Gendarmerie 5 von den Risten aufgefunden, die dem Toulouser Schnellzug geraubt worden sind. Vier Risten waren leer, die fünfte enthielt noch 100 Franken.

— Der Neffe des Staatssekretärs für Indien namens Morley wurde in Edinburgh zu 10 Jahren Zuchthaus wegen Diebstahls im Betrage von 260 000 Mark verurteilt.

— Verfehlte Spekulationen. In aller Stille und ohne großes Gefolge wurde auf dem Hildorfer Friedhofe in Hamburg die Leiche des Fondsmanagers Josef Ballin beerdigt, der sich in den Räumen der Hamburger Börse durch einen Schuß in den Mund das Leben nahm. Josef Ballin, ein Mann in den 50er Jahren, nahm an der Hamburger Fondsbörse eine besonders hervorragende Position ein; er war aber allgemein beliebt und sehr bekannt, eben weil sein jüngerer Bruder der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie ist. Josef Ballin beschäftigte sich mit der Vermittlung von kleineren Börsengeschäften und, was ihn, wie so manchen andern zum Ruin brachte, — mit Spekulation für eigene Rechnung. Als vor einiger Zeit eine Firma in Hamburg, mit welcher Josef Ballin in geschäftlicher Verbindung stand und die eine Forderung von ca. 70 000 Mark an ihn hatte, brach das Unglück aus über Josef Ballin herein. Seine Spekulationen hatten sich in der gegenwärtigen Finanzkrise als verfehlt herausgestellt.

— Ein „Sieg“ englischer Amazonen. Aus London meldet ein Bericht: Die englischen Frauenrechtlerinnen errangen einen Sieg, auf den sie stolz sind. Sie sprengten eine öffentliche Versammlung in Leeds, wo der Minister des Innern, Mr. Herbert Gladstone, eine Rede halten wollte. Zunächst führten die Frauen die Versammlung, indem sie schrien und tobten. Als man versuchte, sie aus dem Saale zu entfernen, erstürmten sie die Tribüne und schlugen wild auf den Vorstehenden sowie auf andere Persönlichkeiten los. Minister Gladstone wurde buchstäblich verprügelt und mußte durch eine Hintertür schleunigst flüchten, um ärgeren Mißhandlungen zu entgehen. Die Versammlung endete mit diesen fast unbefriedigenden Szenen. Als die Frauenrechtlerinnen sahen, daß sie Siegerinnen geblieben waren, kannte ihr Enthusiasmus keine Grenzen; sie sangen Lieder und marschierten durch die Straßen bis Mitternacht, immer schreiend, tobend und triumphierend.

Knorr's Hafermehl
Reismehl
Grünkernmehl
Tapioka-Julienne
Suppen-Würstchen
Hahn-Maccaroni.

Grösste Ergebenheit und höchster Wohlgeschmack als Folge sorgfältigster Fabrikation u. Verwendung bester Rohprodukte sind die unbestrittenen Vorzüge der Knorr'schen Fabrikate.

Koche mit „Knorr“.